

Nr. 140 Sep / Okt 07

Das Krawallblatt aus der Roten Flora

kost nix



Lebe wild und gefährlich

Vorwort

30 Jahre deutscher Herbst und passend dazu drehen die Innenbehörden am Rad und zaubern §129a Verfahren wie Kaninchen aus dem Hut. Simsalabim: Observationen, Hausdurchsuchungen, Knast für AktivistInnen aus Berlin. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen der derzeitigen Repression und unsere Energie legen wir weiterhin in Quertreibereien und darauf dem Ganzen Scheiß hier, weiterhin etwas Sand im Getriebe zu sein.

Die Zeiten für uns sind zwar irgendwie nicht die allerbesten und wir fühlen uns machmal eher als Plüschtiger denn als wild und gefährlich, aber wir bleiben natürlich am Ball der Revolte. Also die Sommerpause ist vorbei und los geht's. Wollen wir doch mal sehen wieviel Gegenwind die Konstrukte der Bundesanwaltschaft so aushalten. Wir sorgen jedenfalls für mächtig Wirbel und hoffen ihr alle seid mit dabei. Heiligendamm ist vorbei; finden wir doch gemeinsam heraus an welchem Strand wir morgen anlanden. Widrigkeiten, Diskussionsstoff und Anregungen findet ihr wie immer in eurem geliebten Krawallblatt aus der Roten Flora.

hoffnungsfroh

zeck

P.S.: Wir brauchen dringend Geld! Macht Solipartys, spendet oder denkt Euch was aus...

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

30 Jahre Deutscher Herbst

»Die RAF ist Geschichte. Aber sie ist und bleibt mit all ihren Anstößen und Fehlern auch ein Teil der linken Geschichte«

Zum 30. Jahrestag der Stammheimer Todesnacht und der sich anschließenden Repressionswelle gegen die gesamte Linke, die unter dem Namen "Deutscher Herbst" in die Geschichte einging (wann hätte es jemals einen "Deutschen Frühling" gegeben?), läuft in den Medien der BRD eine wahre Propagandamaschinerie an, die nicht nur die Diffamierung der RAF zum Ziel hat, sondern ebenso die Denunzierung des gesamten Aufbruchs der Linken in den 1960er und 1970er Jahren.

Die nach wie vor notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

Zum 30. Jahrestag der Stammheimer Todesnacht und der sich anschließenden Repressionswelle gegen die gesamte Linke, die unter dem Namen "Deutscher Herbst" in die Geschichte einging (Wann hätte es jemals einen "Deutschen Frühling" gegeben?), läuft in den Medien der BRD eine wahre Propagandamaschinerie an, die nicht nur die Diffamierung der RAF zum Ziel hat, sondern ebenso die Denunzierung des gesamten Aufbruchs der Linken in den 1960er und 1970er Jahren. Noch heute wird mit Strafverfolgung bedroht, wer sich öffentlich nicht der staatsoffiziellen Selbstmord-Version anschließen mag und noch immer werden wesentliche Akten, die im Zusammenhang mit den damaligen Ereignissen stehen, von den deutschen Behörden sorgsam unter Verschluss gehalten.

Der Roten Hilfe ist oft zum Vorwurf gemacht worden - ob zu Recht oder zu Unrecht, das mag hier dahingestellt bleiben - ihre Solidarität mit den politischen Gefangenen sei eine zu unkritische gewesen, sie habe sich zum Sprachrohr der RAF gemacht. Richtig ist, dass es eine Erfordernis der Solidarität war, die Diskussionen mit denen zu ermöglichen, die der Staat in den Knästen wenn nicht tot, so doch zumindest mundtot sehen wollte. Dass das auch heute noch notwendig ist, zeigt die gezielte Medienkampagne gegen Christian Klar, die sein Grußwort an die TeilnehmerInnen der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar zum Vorwand nahm, jede Kritik am Kapitalismus als mit Knast zu ahndende Straftat zu brandmarken. Nicht nur die Tatsache, dass sich die Kampagne gleich mit gegen den Überbringer der Grußbotschaft, den Theologen und VVN-Vorsitzenden Heinrich Fink, richtete, ließ erkennen, dass hier keineswegs nur die Politik des bewaffneten Kampfes im Visier steht. Weder Christian Klar noch Heinrich Fink stehen im Verdacht, neue Stadtguerillagruppen aufbauen zu wollen.

Ziel ist es vielmehr, den Kapitalismus ein für alle Mal als "beste aller möglichen Welten" zu präsentieren und jede andere Stimme zum Verstummen zu bringen. Dieser Angriff richtet sich nicht nur gegen die ehemaligen Mitglieder der bewaffnet kämpfenden Gruppen der 1970er und 1980-er Jahre, sondern gegen die gesamte Linke, deren Teil die 'Bewegung 2. Juni', die RAF und die 'Revolutionären Zellen' waren.

30 Jahre nach dem "Deutschen Herbst" und neun Jahre nach der Auflösung der RAF sieht es so aus, als habe die Linke der staatlichen Propaganda nur wenig entgegenzusetzen. Die ehemaligen Angehörigen der Stadtguerilla-Gruppen sprechen nicht mehr mit einer gemeinsamen Stimme. Über die Bilanz des bewaffneten Kampfes gehen auch ihre Meinungen weit auseinander, viele von ihnen sind in der Öffentlichkeit ganz verstummt. Die RAF ist Geschichte. Aber sie ist und bleibt mit all ihren Anstößen und Fehlern auch ein Teil der linken Geschichte. Wenn wir als Rote Hilfe entgegen aller Medienhetze und Propaganda auf diesem Zusammenhang beharren - und nicht zuletzt auch auf der Forderung, endlich alle verbliebenen Gefangenen aus der RAF freizulassen - dann geht es uns nicht um Nostalgie oder gar um eine nachträgliche Verklärung der Geschichte der RAF. Es geht uns vielmehr um linke Solidarität, die sich auch und gerade dann beweisen muss, wenn über den richtigen Weg, den der Kampf um Befreiung einzuschlagen hätte, keine Einigkeit besteht. Diese Solidarität schließt selbstverständlich die politischen Gefangenen ein. Auch heute noch bleibt die "notwendige Korrektur der herrschenden Meinung" (Pieter Bakker Schut) eine Aufgabe für die Rote Hilfe, auch damit eine offene Diskussion über Geschichte und Perspektiven der linken Bewegung möglich wird. Nicht zuletzt deshalb haben wir uns entschlossen, zum anstehenden Jahrestag Bakker Schuts Stammheim-Buch in einer Neuauflage wieder zugänglich zu machen.

Unsere Solidarität gilt Birgit Hogefeld, Eva Haule und Christian Klar ebenso wie allen anderen politischen Gefangenen. Wir fordern alle Roten HelferInnen auf, sich weiter für ihre Freilassung einzusetzen und der Diffamierung und Kriminalisierung linker Bewegungen entgegenzutreten.

Rote Hilfe e.V. Bundesvorstand

Ergänzung: Eva Haule hatte einen Antrag auf Entlassung zur Bewährung gestellt, dem am 16. August 2007 stattgegeben wurde. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat den Rest ihrer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht setzte die Bewährungszeit auf fünf Jahre fest. Eva Haule wurde am 17. August 2007 aus dem Frauengefängnis Berlin-Neukölln entlassen. Zur Zeit sind noch zwei Gefangene aus der ehemaligen RAF im Knast: Christian Klar und Birgit Hogefeld. Auch sie müssen raus!

22.09.2007: Straßenfest im Schanzenviertel

»Wir sind alle 129a«

Fühlen Sie sich sicher? Vor lauter besorgtem Staat um "unsere" Sicherheit fühlen wir uns jedenfalls schon lange nicht mehr wohl. Kameraüberwachung , Polizeipräsenz, §129a Verfahren, das BKA im Versandzentrum der Post, die Bundeswehr mobilgemacht zur Aufklärung rund um das G8 Treffen in Heiligendamm. Doch scheinbar umgibt uns in der aufgerasterten und gläsernen Wirklichkeit unseres Alltages immer noch nicht genug Sicherheit.

Geplant sind weitere Präventivbefugnisse für das BKA, Vereinfachungen beim großen Lauschangriff, heimliche Online-Durchsuchungen und die Nutzung von LKW-Maut-Daten. 30 Jahre nach dem deutschen Herbst kännte man meinen, die RAF wäre wieder auferstanden, so bleiern die gefühlte Lage der Nation. Die Realität sieht anders aus. Anlass für die jüngsten Verfahren nach §129a sind gerade mal Farbbeutel, Steinwürfe und einige abgebrannte Autos. Nicht gerade das, was gemeinhin als Schwerverbrechen betrachtet wird.

Doch kriminalisiert werden nicht Taten, sondern politische Ideen und Strukturen. Auf den Busch klopfen eben, wie sich ein Ermittler nach bundesweiten Razzien und der Durchsuchung der Roten Flora ausgedrückt hat. Im Rahmen der G8-Proteste hat sich ebenso dramatisch wie beispielhaft ausgedrückt, wie der Staat mit Kritik und seinen Mitteln zur Repression umgeht. Es hat sich aber auch gezeigt, dass sich trotz totalitärer Überwachung und Repression, solidarischer Widerstand entwickeln kann.

Legitimiert wird ein allumfassender Sicherheitsapparat regelmäßig mit der Sorge vor schweren Attentaten, Mord oder sexualisierter Gewalt gegen Kinder. Der Staat verspricht Sicherheit, als bewaffneter Arm eines Bürgerwillens, der formale Ordnung als Grundpfeiler solcher Sicherheit versteht und heiligt. Und Ordnung wird neuerdings von Afghanistan bis Bad Reichenhall verteidigt. Denn jeder Schrebergarten eine Grenze und jede Grenze ein vorgelagerter Schutzwall deutscher Interessen.

Angewendet werden Möglichkeiten aus dem Arsenal der Terrorismusbekämpfung, wenn sie erstmal da sind, gegen alles, was möglich ist. Ist z.B. mit dem Mautsystem die technische Möglichkeit zur Datensammlung erst einmal gegeben, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis dies auf eine rechtliche Grundlage gehoben wird, vorgeblich um Schwerverbrechen zu bekämpfen. Läuft diese Maßnahme dann an, wird sie aber auch im Routinealltag gegen kleinste Vergehen eingesetzt. Ist eine Kamera installiert, dann wird damit natürlich auch jede Bewegung die ins Blickfeld gerät, präventiv verfolgt. Die Möglichkeit der Kontrolle entwickelt durch ihr reines Vorhandensein eine eigene gleichsam unkontrollierbare Dynamik und Anwendungsbreite.

Der Rechtsstaat ist zum Äußersten entschlossen und so empfiehlt dessen oberster Vollstrecker Wolfgang Schäuble inzwischen auch selbstbewusst gezielte Morde gegen Verdächtige. Übers Ziel hinausgeschossen? Abwarten! Die Strategie solcher Forderungen ist seit Jahren die gleiche. Erst ein Tabubruch, dann Schwamm drüber. Ein paar Jahre später kommt dann derselbe Vorschlag als unaufgeregte Gesetzesvorlage zur Diskussion. Ein Thema, das endlich "unbefangen", frei von deutscher Zurükkhaltung und Geschichte, geredet werden müsse, heißt es dann gerne.

Tatsächlich werden mit der Verschärfung des Sicherheitsstaates zahlreiche bürgerrechtliche Mindeststandards abgeschafft, die nach dem Nationalsozialismus ganz bewusst eingeführt worden sind. Die Abwi-

www.heise.de - Meldung vom 28.02.2007

Von der Anti-Terror-Gesetzgebung über die Anti-Terror-Datei zum "Schäuble-Katalog"

Am 1. März 2007 startete peu a peu die Benutzung der Anti-Terror-Datei, die nach dem "Gemeinsame-Dateien-Gesetz" errichtet wird, das Bund und Länder im Dezember 2006 verabschiedet hatten. Wie zuletzt bekannt wurde, sind 72 Spezialisten beim BKA eingestellt worden, diese umfassendste Datensammlung der Bundesrepublik Deutschland einzurichten. Ziel der Datensammlung ist die Aufdeckung von Mustern und Strukturen des islamistischen Terrorismus im Sinne einer Voraberkennung möglicher Gefährder und geplanter Attentate. Damit ist die Anti-Terror-Datei ein zentrales Instrument für die Strafverfolger, um die von der Politik geforderte schärfere Terrorbekämpfung durchzusetzen.
In diesem Rahmen wurde diverse Male die Anti-Terrorgesetzgebung verschärft; auch die Diskussion um die die Online-Durchsuchung privater PCs wird in diesem Zusammenhang geführt. Nicht zuletzt tritt Bundesinneniminister Wolfgang Schäuble mit immer neuen Vorschlägen zur Verschärfung der Antit-Terror-Gesetze an die Öffentlichkeit, die zu heftigen Debatten über den so genannten "Schäuble-Katalog" führten - siehe dazu die Übersicht zur Berichterstattung über die Anti-Terrorgesetzgebung, die Anti-Terrordatei und die heimliche Online-Durchsuchung auf heise online am Ende des Artikels.

Die Anti-Terror-Datei

Bis Ende März wurden insgesamt 38 Behörden im "Produktionsbetrieb" der Anti-Terror-Datei zugeschaltet. Zugriffsberechtigt sind das BKA, der Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst, der Bundesnachrichtendienst, das Zollkriminalamt, sowie die Landesämter für Verfassungsschutz und die Landeskriminalämter. All diese Behörden stellen umgekehrt Dateien bereit, die in das System eingespeist werden. Insgesamt werden allein von Polizei, Bundespolizei und Zoll nach einer Antwort der Bundesregierung (PDF-Datei) auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion 334 Datenbankdateien und 511 Protokolldateien in die Anti-Terror-Datei eingespeist. Wie die weiter unten aufgeführte Tabelle zeigt, umfasst die Anti-Terror-Datei kleine Bestände wie die G8-Da-

lung von persönlichen Freiheiten und Rechten wird begleitet von der Abwicklung und Enttabuisierung der deutschen Geschichte. Deutschland will unter allen Umständen wieder normal werden und zu dieser Form deutscher Normalitätstradition gehört nunmal der Auslandseinsatz deutscher Soldaten ebenso wie ein autoritärer Staat im Inneren.

Soviel Normalität treibt uns einen kalten Schauer über den Rücken. Wir wollen diesem mit einem sonnigen Stra§enfest begegnen. Der öffentliche Raum ist für uns kein Hochsicherheitstrakt und auch kein ökonomischer Standortfaktor. Wir steigern unser subjektives Sicherheitsempfinden, indem wir diesen Raum ungefragt zur Bühne der Auseinandersetzung machen und ihn mit unseren widerstrebenden Lebensentwürfen füllen. Wir wenden uns mit dem diesjährigen Schanzenviertelfest gegen den weiteren Ausbau eines Sicherheitsapparates, der eine Normalität zu verteidigen sucht, die längst nicht mehr die unsere ist.

Wir sind alle 129a, weil der Blick auf uns derselbe ist! Ein ca. 3cm großes rundes Loch an jeder dritten Straßenecke, das unser Leben in Bits und Bytes verwandelt, in biometrische Daten und computerlesbare Ausweise. Wir sind 129a weil wir ein trotziges Fest feiern, uns diesen Blicken und einer Kultur der Anpassung widersetzen. Wir sind selbstorganisiert, machen Infostände, Flohmarkt, Musik, Straßentheater oder sind ein Teil des Ganzen, indem wir einfach mit dabei sind.

Wider den Absolutismus des Sicherheitsstaates!



tei der mutmaßlichen Störer des kommenden G8-Gipfels in Heiligendamm mit 162 Einträgen, aber auch große Datenbestände wie die DNA-"Vorsorgedatei" mit 1.018.815 Einträgen.
In dieser Zahl der zusammengeführten Dateien sind nicht die Dateien der verschiedenen Verfassungsschutzbehörden, des Bundesnachrichtendienstes und des Militärischen Abschirmdienstes enthalten, weil sie der Geheimhaltung unterliegen. Allein der Bundesnachrichtendienst soll in seinem eigenen Intranet namens VeNaGUA (Verbund Nachrichtengewinnung und Aufklärung) über eine Sammlung von mehr als 100 Datenbanken verfügen, auf die über eine Suchmaschine zugegriffen wird.
Der Zugriff auf die beim BKA errichtete Anti-Terror-Datei erfolgt mehrstufig. Auf das als Verschlusssache VS Geheim eingestufte System darf nur über eine mit Sina-Boxen abgesicherte VPN-Verbindung zugegriffen werden. Dabei trifft der Abfragende zunächst auf eine "erweiterte Index-Datei", die neben den Namen von Terrorverdächtigen auch Bankkonten, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Führerscheindaten und die Ansprechdaten von einschlägigen Kontaktpersonen enthält. In der Datei stehen dabei nicht nur verdächtige Personen, sondern auch Firmen, Vereinigungen und Stiftungen mit "Verbindungen zum islamistischen Milieu".

Neben der Abfrage der erweiterten Indexdatei und den Querverbindungen zu den in der Tabelle aufgeführten Einzeldateien sollen die Daten von den verschiedenen Nachrichtendiensten (BND, MAD, Verfassungsschutz) mit der Technik der "verdeckten Speicherung" abgefragt werden. Dabei erfährt der Anfragende zunächst nicht, ob er mit seiner Anfrage einen "Treffer" in den Geheimdienstdatenbanken erzielt hat. Dafür erfahren die Nachrichtendienste, wer nach wem geforscht hat und können dann Kontakt zu der Person aufnehmen, die die Dateiabfrage gestartet hat. Mit der dann eingerichteten einzelfallbezogenen Datenübergabe sehen die Juristen und IT-Spezialisten die vom Gesetz her geforderte Trennung von Polizei- und Nachrichtendiensten ausreichend verwirklicht.
Kritiker der Anti-Terror-Datei weisen darauf hin, dass die abgestufte Technik der verdeckten Speicherung eine Ausnahmeregelung kennt: Wenn die Gefahr im Verzuge und Eile geboten ist, können die Daten für den direkten Zugriff durch alle Berechtigten freigeschaltet werden. In solchen Fällen können Datenschutzbeauftragte nachträglich die Verhältnismäßigkeit der Aktion prüfen, bei der die Trennung zwischen Polizei- und Geheimdaten kurzfristig ausgesetzt wurde.

Redebeitrag der Antirepressionsgruppe

»Diese Überwachungsmaßnahmen haben weit mehr Leute betroffen als die jetzt Beschuldigten«

Schon im Vorfeld des G8 Gipfels in Heiligendamm kam es zu einem der größten Repressionsschläge der letzten Jahre. Am 9.Mai starteten Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt in Hamburg, Berlin und Bremen eine Durchsuchungswelle von über 20 Wohnungen und Projekten und begründeten dies mit dem Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129a. Betroffen sind davon immer noch 18 Beschuldigte.

Seit Jahren kommt es in Hamburg zu andauernden erfolgreichen militanten Aktionen und der Hamburger Staatsschutz übt sich in einem genau so lange andauernden Blindflug. Im Juni letzten Jahres, also zu einem Zeitpunkt als offiziell noch wegen verschiedener Sachbeschädigungen ermittelt wurde, mussten sich die Hamburger Staatsschutzbehörden in den bundesweiten Medien für ihre Erfolglosigkeit vorführen lassen. Nach einer Aktion gegen Staatssekretär Mirow im letzten Dezember zog schließlich die Bundesanwaltschaft das Verfahren als 129a Verfahren an sich und stellte den Aufbau einer sogenannten ‚militanten Kampagne' gegen den G8 in den Fokus der Ermittlungen.
Auffallend war schon im ersten Moment, dass trotz der Vorwürfe mehrerer militanter Aktionen kein einziger Haftbefehl beantragt war. Alle Beschuldigten wurden noch am gleichen Tag nach erkennungsdienstlicher Behandlung und der Abgabe von DNA-Material wieder freigelassen. Selbst die BAW musste zugeben, dass es gegen keinen Beschuldigten einen konkreten Tatverdacht geben würde. Die sogenannte terroristische Vereinigung wird aus persönlichen Bekanntschaften, alltäglicher Zusammenarbeit und persönlichen politischen Geschichten zusammenkonstruiert.
Die besondere Bedeutung des Verfahrens begründete die BAW wie folgt:
Ziel der militanten Kampagne ist es mit Brandanschlägen und anderen gewalttätigern Aktionen den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel der G8 in Heiligendamm erheblich zu stören oder zu verhindern. Diese Straftaten sind dazu bestimmt, die in der BRD bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erschüttern und können die internationale Position der BRD als verlässlicher Partner im Verbund der 8 wichtigsten Wirtschaftsnationen erheblich schädigen.'
Und genau vor diesem politischen Hintergrund ist dieser Angriff des Staatsschutzes auch zu verstehen. Die Durchsuchungswelle und das 129a Verfahren waren ein konkreter Angriff auf die autonomen Mobilisierungen und systemoppositionellen Bewegungen im direkten Vorfeld von G8 in Heiligendamm und ASEM Gipfel in Hamburg. Gemeint waren mit diesem Angriff tatsächlich alle Menschen, die ihren Protest im Rahmen der Aktionen gegen den G8 praktisch werden lassen wollten. Auch hier sollte Repression einschüchtern, denunzieren und zu Entsolidarisierung führen.
Was folgte ist allgemein bekannt. Geruchsproben und Postdurchsuchungen werden öffentlich skandalisiert, europaweit finden Solidaritätsaktionen gegen die Repression in der BRD statt und Angela Merkel muss sich vor der Weltöffentlichkeit von Putin Polizeistaatsmethoden vorhalten lassen. An diesem einen Punkt ist das staatliche Kalkül durch Solidarität mit den Betroffenen und ihren politischen Inhalten nicht aufgegan-

In der Anti-Terror-Datei zusammengeführte Datenbanken:

Name	Existiert seit	Datensätze	Zweck
AFIS-P	16.12.93	3300000	Personenidentifizierung
APOK	01.01.90	281240	Bekämpfung organisierter Kriminalität
APR	02.03.93	538503	Straftaten nach BtmG
Auswertung RG	02.04.01	397563	Bekämpfung der organisierten Rauschgiftkriminalität
DEO	09.05.97	463447	Bekämpfung der Eigentumskriminalität
Fingerabdrücke - A	08.03.04	Gesamt	Fingerabdrücke Asylantragsteller
Fingerabdrücke -P	08.03.04	1289806	Finger/Handflächenabdrücke Pol/Bpol/Zoll/BKA
DNA-Datei	17.04.98	1018815	Vorsorge DNA-Datei für künftige Verhütung von Straftaten
DOMESCH	02.04.01	1169101	Bekämpfung Dokumenten/Menschenhandel/Schleusungskriminalität
ED	02.09.85	5786990	Datei erkennungsdienstlich behandelter Personen
FALSCHGELD	24.04.01	1058600	Bekämpfung der Falschgeldkriminalität
FDR	07.07.83	740257	Falldatei Rauschgift
FEDOK	05.01.00	7435	Finanzermittlungsdokumentation
FIT	27.02.03	13912	Fundstellennachweis islamistischer Terrorismus
FUSION	17.08.00	38644	Bekämpfung der Rockerkriminalität
FUZ	04.12.04	16214	Bekämpfung Fälschung unbarer Zahlungsmittel

gen. Vor dem G8 ließ sich kaum jemand einschüchtern. Aber der G8 ist vorbei und systemkritische Reflexe in der bürgerlichen Gesellschaft bis zum nächsten Ereignis wieder eingemottet. Jetzt, von der Öffentlichkeit unbeachtet, läuft das Verfahren noch immer.
Am 13. Juni also direkt nach dem G8 kam es in Hamburg, Bad Oldesloe und Berlin zu einer weiteren Reihe von Hausdurchsuchungen. Insgesamt 11 Beschuldigten wird in einem neuen 129a Verfahrens vorgeworfen an 4 Aktionen gegen Objekte der Bundeswehr und Rüstungsfirmen beteiligt gewesen zu sein.
Das Muster dieses Verfahrens ist analog zu dem des ersten 129a Verfahrens. Über gemeinsame Kontakte und Freundschaften wird eine Vereinigung konstruiert und der Rest wird sich dann schon finden. Auch hier gab es keinen Haftbefehl. Auch hier hatten die Durchsuchungen offensichtlich den Zweck, den Ermittlungsbehörden weitere Einblicke in linke Strukturen zu verschaffen, die nicht unbedingt etwas mit konkreten Vorwürfen zu tun haben. Wie sagte doch so treffend ein BKAler nach den Razzien im Mai. ,Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir, was und wer sich dort bewegt.' Nach den ,GlobalisierungsgegnerInnen' sind jetzt Strukturen der Antifa als Teil der radikalen Linken in das Visier der inneren Sicherheit gerückt.
Seit 1 fi Wochen sitzen in Berlin 4 Leute im Knast von Moabit, denen vorgeworfen wird, in der militanten Gruppe organisiert und an diversen Aktionen beteiligt gewesen zu sein. Die MG ist dem Repressionsapparat schon seit langem ein Dorn im Auge. Nicht nur wegen verschiedenster militanter Aktionen, sondern auch wegen ihrer offensiven Öffentlichkeitsarbeit. Diesen vieren gilt unsere besondere Solidarität.

Alle drei 129a Verfahren stehen für die aktuelle politische Situation, die vor allen Dingen von Diskursen über den Begriff ,Sicherheit' geprägt ist. Die Politik staatlicher Überwachung, das Sammeln und Speichern aller Daten von Menschen und das Vorantreiben jeder Art von Repression sind Ausdruck einer Veränderung des staatlichen und gesellschaftlichen Systems, das von einer Krise in die nächste schleudert und sich nur auf Kosten der Menschen funktionsfähig erhält. Die Bekämpfung jeder Art von Widerständigkeit hat für den Apparat in diesem Zusammenhang Priorität.
Der § 129a (wie übrigens auch der §129b, der sich auf terroristische Vereinigungen im Ausland bezieht) ist dabei ein zentrales Mittel der politischen Justiz. Als Staatsschutzparagraf zielt die Anwendung des Paragrafen immer auf politische Inhalte und kollektiven Widerstand und eben nicht auf bestimmte Aktionsformen oder einzelne Delikte.

»Wir gehen davon aus, dass die Überwachungsmaßnahmen in Hamburg noch immer durchgeführt werden«

Neben dieser politischen Bedeutung ist er für die Behörden ein ganz wesentliches Ermittlungsinstrument. Kein anderer Paragraf bietet dem Staatsschutz so viele Möglichkeiten an Überwachung und Ausforschung wie der Paragraf 129a oder b. Im Rahmen der beiden Verfahren in Hamburg hat der Apparat über einen langen Zeitraum seine ganzen technischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Flächendeckende Observationen, Telefonüberwachung, e.Mail Überwachung, Filmaufnahmen, Abhörmaßnahmen, Peilsender usw. ,Gemeint sind wir alle' ist in diesem Zusammenhang übrigens nicht nur eine politische Parole. Diese Überwachungsmaßnahmen haben weit mehr Leute betroffen als die jetzt Beschuldigten.
Wir gehen davon aus, dass die Überwachungsmaßnahmen in Hamburg noch immer durchgeführt werden und rechnen auch weiterhin mit Repressionswellen des Staatsschutzes unter welchem Vorwand und mit welchem Konstrukt auch immer. Denn solange Menschen sich aus einer unversöhnlichen Haltung den herrschenden Verhältnissen gegenüber politisch organisieren und ihren Widerstand in verschiedenen Formen praktisch machen, wird die Antwort des Staates Repression sein. Aber Repression wird nicht vermögen, die Ablehnung der unmenschlichen globalen Verhältnisse zu zerschlagen.

Solidarität ist eine Waffe!
Feuer und Flamme der Repression!
Für die soziale Revolution weltweit!

Antirepressionsgruppe 11. August 2007

GELDWÄSCHE	29.06.00	255881	Bekämpfung der Geldwäsche
GEW LINKS	23.01.01	1292	Gewalttäterdatei Phänomenbereich "links"
GEW PS	20.10.04	60	Gewalttäterdatei Personenschutz
GEW AUSLAND	23.01.01	298	Gewalttäterdatei Phänomenbereich "polit. motiv. Ausländerkriminalität"
GEW SPORT	12.01.01	9284	Gewalttäterdatei Phänomenbereich Sport
HAFTDATEI	10.11.93	99664	Personen in behördlichem Gewahrsam
INNERE SICHERHEIT	17.04.80	1451605	Aufkl. polit.motiv. Straftaten m. länderübergreifender internat. Bedeutung
KAN	22.03.83	3591360	Kriminalaktennachweis
KFZ	23.02.00	2503	Bekämpfung der KFZ-Kriminalität
KINDERPORNOGRAFIE	02.10.00	318537	Bekämpfung der Kinderpornografie
KORRUPTION	29.10.97	7372	Datei aller bekannten Korruptionsfälle
NSIS-P	08.09.93	1266826	SIS-Fahndung nach Personen
NSIS-S	08.09.93	15548506	SIS-Fahndung nach Sachen
PERSONENFAHNDUNG	10.11.93	865296	Personenfahndung zur Festnahme, Aufenthaltsermittlung, polizeilichen Beobachtung
SACHFAHNDUNG	02.09.85	10600000	Fahndung nach Sachen
VERMI/UTOT	11.02.83	30491	Vermisste und unbekannte Tote
VICLAS	07.06.00	k.A.	Violent Crime Linkage Analysis, Analysesystem zur Verknüpfung von Erkenntninssen

Erklärung von drei Beschuldigten in einem der § 129a-Verfahren gegen die militante gruppe (m.g.)

»Wer wissenschaftliche und journalistische Publikationen zu bestimmten Themen verfasst und Bibliotheken nutzt, macht sich verdächtig«

Am Morgen des 31.07.2007 durchsuchte das BKA auf Anweisung des Generalbundesanwaltes unsere Wohnungen. Der Vorwurf lautet auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung namens militante gruppe (m.g.) nach §129a.

Erst jetzt haben wir erfahren, dass das Ermittlungsverfahren gegen uns schon seit knapp einem Jahr läuft. Mit Hilfe dieses Verfahrens haben das BKA und andere Bundesbehörden unsere Privatsphäre bis in intimste Bereiche detailliert ausgeforscht. Betroffen von der Überwachung sind unsere Lebenspartnerinnen, unsere Freunde, unsere Familien sowie unsere Kolleginnen und Kollegen. Unser langjähriger Freund und Kollege Andrej H. wurde verhaftet. Der Vater dreier Kinder befindet sich seitdem in Untersuchungshaft in Berlin Moabit.

Diese massiven Angriffe auf unsere bürgerlichen Rechte begründet die Bundesanwaltschaft im Haftbefehl mit einer Reihe von empörenden Konstruktionen.

Aus den wenigen uns bisher vorliegenden Unterlagen entnehmen wir folgende Vorwürfe gegen uns:

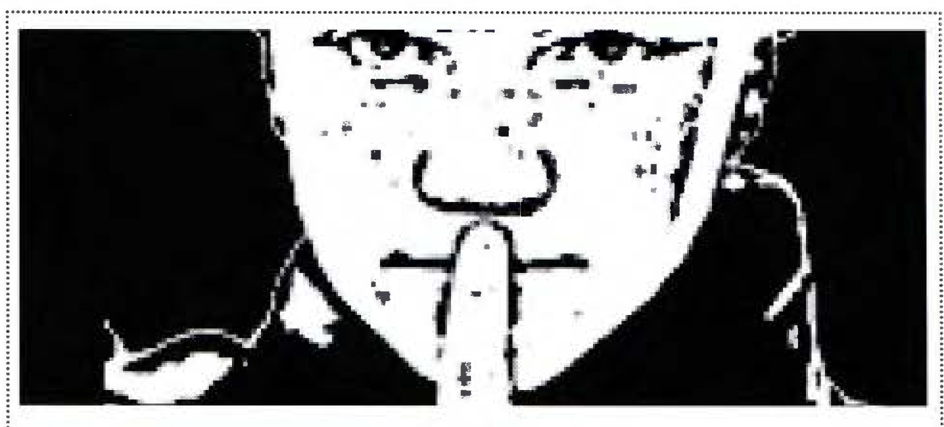
- Zwei von uns hätten wissenschaftliche Publikationen verfasst, die angeblich "Schlagwörter und Phrasen enthalten, die in Texten der 'militante(n) gruppe' gleichfalls verwendet werden." Außerdem attestiert uns die BAW, über die "intellektuellen Voraussetzungen" zu verfügen, welche für das Verfassen von Anschlagserklärungen der m.g. nötig seien. Weiterhin geht die BAW davon aus, dass uns Biblioheken zur Verfügung stünden, die wir zu Recherchen nutzen können. Außerdem habe sich Andrej bei der Vorbereitung der Proteste gegen den G8 mit einer Thematik befasst, die auch von der m.g. als Begründung für Anschläge verwendet werde.
- Einem von uns wird darüber hinaus vorgeworfen, journalistisch über eine öffentliche Konferenz berichtet zu haben, auf der Referenten über einen Anschlag im Jahr 1972 diskutierten. Einige Monate zuvor soll die m.g. dieses Ereignis ebenfalls erwähnt haben. Dies spreche nach Ansicht der BAW für die Mitgliedschaft des Autoren in der m.g..
- In zwei Fällen wirft uns die BAW Kontakte zu Personen vor, die in einem anderen - bislang ergebnislosen - 129a Verfahren gegen die m.g. beschuldigt werden. Beide Kontakte haben vor allem beruflichen Charakter. Vorgeworfen werden uns allen darüber hinaus "vielfältige Kontakte auch in die linksextremistische Szene von Berlin". Dass wir auch ungezählte Kontakte zu politischen Parteien, Bürgerinitiativen, zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen pflegen, wird nicht erwähnt.

Aus diesen Vorwürfen ergibt sich für uns: Wer wissenschaftliche und journalistische Publikationen zu bestimmten Themen verfasst und Bibliotheken nutzt, macht sich verdächtig. Wer Kontakt zu Menschen hat, die die BAW für verdächtig hält, macht sich auch verdächtig. Wer versucht, sein Recht auf Privatsphäre und Anonymität aktiv zu schützen, macht sich durch die Ausübung dieses Rechtes ebenfalls verdächtig. Kommen bei einem Personenkreis alle drei Verdachtsmomente zusammen, muss es sich in dieser Logik um eine terroristische Vereinigung handeln. So absurd das klingen mag, aber die Folgen für unseren Alltag sind verheerend: Seit einem Jahr werden unsere Telefone abgehört, alle E-Mails überwacht, unsere gesamte Internet-Nutzung protokol-

Geschw.	10.03.06	653744	Verdacht der Geldwäsche
Geschw.	12.07.04	653744	Verdacht des Mordes
Geschw.	07.09.04	13358	Verdacht der Prostitution und Zuhälterei
Geschw.	08.05.06	k.A.	Verdacht der landesverräterischen/geheimdienstlichen Agententätigkeit
Geschw.	26.11.04	257	Falschgeldverbreitung
Geschw.	17.04.04	11540	Verstoß gegen § 129b StGB
Geschw.	20.05.05	k.A.	Verdacht der Geldwäsche
Geschw.	02.05.05	k.A.	Verdacht der Geldwäsche
Geschw.	26.01.05	9440	Computersabotage und Datenveränderung
Geschw.	14.10.05	k.A.	Verdacht der Geldwäsche
Geschw.	14.09.01	223773	Verdacht der Mitgliedschaft einer terror. Vereinigung in Tateinheit mit Mord und Angriffen auf den Luftverkehr
ABC	17.02.05	3923	Alle bekannt gewordenen Fälle der ABC-Kriminalität
ABC-Netzwerk	14.06.06	k.A.	Alle nationalen u. internationalen Dienstellen mit ABC-Fachkenntnissen
AFIS-A	03.07.00	900000	Personenidentifizierung Asylbewerber
AUSWERTUNG SEXTOURISTEN	16.09.06	k.A.	Bekämpfung des Kindermissbrauchs im Ausland
BALKAN	18.08.98	k.A.	Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels über die Balkanroute
BELLA MACHINA	09.02.06	k.A.	Bekämpfung der KFZ-Kriminalität Deutschland-Italien
BILD.DB-KINDERPORNOGRAFIE	25.04.02	k.A.	Bilddatenbank Kinderpornografie

liert, unsere Wohnungen werden beobachtet, unsere Bewegungen anhand der Handy-Daten aufgezeichnet. Möglicherweise wurden Spitzel auf uns angesetzt. Ausgeforscht wurden auch Lebenspartnerinnen, Freunde, Kolleginnen und Kollegen und unsere Familienangehörigen. Das gesamte Ausmaß der Bespitzelung können wir bisher unmöglich überschauen.
Während wir noch auf freiem Fuß sind, wird unser Freund und Kollege Andrej H. aufgrund gleicher Beschuldigungen gefangen gehalten. Er sitzt unter verschärften Haftbedinungen in Einzelhaft, kann seine Familie nur alle zwei Wochen für eine halbe Stunde sehen und mit Besuchern nur durch eine Trennscheibe reden. Diese Art der Gesinnungsschnüffelei hat in Deutschland eine lange Geschichte. Als ehemalige DDR-Bürger sind wir dafür besonders sensibilisiert.
Wir fordern die sofortige Einstellung des Strafverfahrens nach 129a StGB, die Herausgabe und Löschung aller erhobenen Daten und die Entlassung aller Beschuldigten aus der Untersuchungshaft. Das gilt auch für die drei wegen versuchter Brandstiftung Festgenommenen. Denn diese dürften in einem rechtsstaatlichen Verfahren gar nicht in Untersuchungshaft sitzen, da keinerlei Fluchtgefahr besteht. Ihre Inhaftierung ist nur aufgrund der Konstruktion einer terroristischen Vereinigung möglich geworden.

Das gesamte Verfahren ist ein Skandal. Es macht deutlich: der Ermittlungsparagraph 129a gehört abgeschafft.



Anna und Arthur haltens Maul:

Zeugenvorladung durch die BAW

Am 25.07.07 gab es eine Zeuginnenanhörung durch die Bundesanwaltschaft (BAW) beim LKA Kiel, die von einer Soliaktion begleitet wurde.
30-40 FreundInnen und GenossInnen begleiteten die Betroffene am frühen Nachmittag mit einer kleinen, kraftvollen Demo zum LKA-Gebäude im Kieler Mühlenweg. Die Polizei wirkte überrascht und hatte offensichtlich nicht mit einem solchen Aufsehen gerechnet. Die DemonstrantInnen platzierten sich vor der Einfahrt des LKA-Komplexes und warteten dort auf die Genossin, die von ihrem Anwalt zur Vernehmung begleitet wurde. Nach einer guten halben Stunde konnten die AktivistInnen ihre Genossin unter Applaus zurückempfangen. Die vorgeladene Genossin verweigerte die Aussage und berief sich über ihren Anwalt auf §55 (persönliche Gefährdung durch Selbstbelastung). Klar ist, dass sie in dem Verfahren keine Aussage machen wird.
Die BAW ließ verlauten, dass sie die Zulässigkeit des §55 überprüfen würde oder ob jetzt Zwangsmittel zur Erpressung von Aussagen verhängt werden könnten. Sollte die Aussageverweigerung nach dem §55 nicht anerkannt werden, droht der Genossin eine weitere BAW-Vorladung, dann unter Umständen direkt nach Karlsruhe. Hier könnten gegen sie Zwangsmittel in Form von Geldstrafen (5-1000 Euro) oder Beugehaft bis zu einem halben Jahr verhängt werden. Um ihr Kalkül scheitern zu lassen, die Linke durch hohen Anwalts- und Gerichtskosten mundtod zu machen und mit konstruierten Vorwürfen zu isolieren, braucht es eine klare Antwort: Solidarität!
Solidarität mit allen Repressionsbetroffenen, egal ob Beschuldigte oder Zeuginnen!

Soligruppe Nord

BKA-AN	29.05.85	2363378	BKA-Kriminalaktennachweis
BULGARIEN	14.01.01	k.A.	Geldscheinfälschung mit Herkunft Bulgarien
CAMOUFLAGE	07.04.06	k.A.	Illegaler Umbau von Waffen, High Impact Procect der EU
CONTAINER	16.09.05	k.A.	Bekämpfung Drogenschmuggel per Seecontainer
DABIS	23.08.02	21197	Prsonen,
		3749	Organisationen, Bekämpfung islamistischer Terrorismus
DAREX	01.11.02	k.A.	Druckerzeugnisse, CD, DVD etc. politisch motivierte Kriminalität
FIU	19.08.02	196475	Sammlung und Auswertung von Verdachtsanzeigen
FLASH	28.04.03	k.A.	Eigentumskriminalität osteuropäischer Tätergruppen
BKA FALSCHGELD	10.11.82	k.A.	Bekämpfung Falschgeldkriminalität
BKA- GEISELNAHME-ERPRESSUNG-RAUB	19.05.92	k.A.	Bekämpfung von Geiselnahmen, Erpressung und Raub
BKA WAFFEN	30.09.82	k.A.	Straftaten gegen das Waffengesetz
BKA TÖTUNGS- und SEXUALDELIKTE	30.09.82	k.A.	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit
G8	27.04.06	162	Sammlung von Informationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm
GALAXY	30.08.06	k.A.	Bekämpfung des Warenkreditbetruges
GENOZID	30.11.05	k.A.	Datei der Zentralstelle für die Bekämpfung von Kriegsverbrechen
IgaSt	21.07.03	k.A.	International agierende gewaltbereite Störer (Globalisierungsgegner)

PAULA erklärt sich

»Eine logische Konsequenz unserer Gesellschaftsanalyse ist auch eine militante Praxis«

Mit diesem Papier wollen wir einen Teil unserer Nachbereitung und Selbstkritik öffentlich machen. PAULA, das überregionale Plenum für einen dezentralen Aktions- und Blockaderaum rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm, war ein heterogener, temporärer Zusammenschluss von Gruppen und Einzelpersonen. Aus diesem Grund nehmen wir im Folgenden vorwiegend eine Bewertung des dezentralen Blockadekonzepts vor und liefern keine gemeinsame Stellungnahme zu den G8-Gipfel Protesten im Allgemeinen. Das ist eine Diskussion, die wir an anderer Stelle in unserem Alltag und in unseren Gruppen führen.

Die Idee und die Hoffnung

Die Idee zu PAULA entstand vor dem Hintergrund jahrelanger Erfahrungen aus den Protesten gegen die Castortransporte im Wendland sowie den defensiven Gipfelblockaden 2006 in Gleneagles. In Ergänzung zu dem Massenblockadekonzept von Block G8, aber auch wegen unserer Kritik an dessen begrenzten Aktionsrahmen, wollten wir versuchen, das Gipfeltreffen 2007 mit einem Ring aus dezentralen Blockaden auf den Zufahrtsstraßen nach Heiligendamm massiv zu behindern.
Wir wollten die "gipfelspezifische" Situation, mit sehr vielen Menschen vor Ort zu sein, nutzen, um an verschiedenen infrastrukturellen Punkten den Ablauf des Gipfels effektiv zu stören und damit unsere unmissverständliche Ablehnung gegen das Treffen und die neoliberale Politik zum Ausdruck zu bringen. Um eine unkontrollierbare Situation zu schaffen, waren vor allem mehrere Materialblockaden mit bereits vorhandenem und eigens dafür deponierten Materialien angedacht. Die Dezentralität sollte uns ein möglichst unberechenbares und flexibles Agieren ermöglichen.

Bestandteil des Konzepts war, dass sich erstens noch weitere Zusammenhänge von den PAULA-Aufrufen inspirieren lassen und dezentrale Blockaden vorbereiten und zweitens viele Aktivist_innen während der Gipfeltage mitmachen würden. Wir versuchten damit auch, aus den klandestinen kleinen Kreisen herauszukommen und die Tür zur Massenmilitanz zu öffnen. Es wurde an einer Informationsstruktur gearbeitet, die den Gruppen den Austausch über Ort und Zeitpunkt der anstehenden Aktionen ermöglichen und eine kurzfristige Einbindung von anderen Gruppen, insbesondere der Internationals gewährleisten sollte.

Die Umstände und wir

Kurz vor den und vor allem während der Aktionstage wurden uns unsere Schwächen und Grenzen bewusst. Das Ergebnis war desillusionierend. Wir haben nur von wenigen Aktionen erfahren, die wir einer dezentralen Blockadeidee zuordnen können (vergleicht http://www.gipfelsoli.org/rcms_repos/maps/action.html). Einige der zum Teil sorgfältig vorbereiteten dezentralen Aktionen konnten nicht umgesetzt werden.
Das lag zum Teil daran, dass die Cops Infos

InTE-Z	21.10.05	7762 17320	Objekte und Beziehungen, Bekämpfung des internationalen Terrorismus/Extremismus
LANDESVERRAT	23.01.06	176250	Landesverrat, Gefährung der äußeren Sicherheit
MALATOK	07.12.99	k.A.	Bekämpfung des Menschenhandels
OPERATION BALENO	10.05.06	k.A.	Kinderpornografie im Internet (NL)
OPERATION CANDYMAN	03.08.05	k.A.	Kinderpornografie im Internet (USA)
OPERATION FALCON	02.09.05	k.A.	Kinderpornografie im Internet (USA)
OPERATION ICEBREAKER	03.08.06	k.A.	Kinderpornografie im Internet (It)
OPERATION NIEVE	19.05.03	k.A.	Kinderpornografie im Internet (E)
OStrA	18.08.03	k.A.	Bekämpfung osteuropäische Straftäter
PERSONENLISTE ST-32	09.02.06	k.A.	Übersicht Gefährder/Beschuldigte/Grundiformationen islamistischer Terrorismus
ReKa	05.03.01	k.A.	Rechtsextreme Kameradschaften
SEStrA	27.04.00	k.A.	Zentralstellendatei Sexualstraftäter
SUNRISE	24.08.01	k.A.	Offene Haftbefehle Fahndungsregion Thailand
TANFOGLIO	19.01.05	k.A.	Umbau von Schreckschusspistolen zu scharfen Waffen
TATMITTELMELDEDIENST	28.07.88	k.A.	Datei über Sprengstoff- und Branddelikte
TIMESHARING	17.02.05	6525	Timesharing-Straftaten
TURKISH SYDRO CONNECTION	03.08.05	k.A.	Datei zur Bekämpfung synthetischer Drogen



über geplante Aktionen erhalten hatten, oder an fehlenden Aktivist_innen, die wider unseren Erwartungen dem Zaun sehr nahe kamen und damit unseren Materiallagern fern blieben. Andernorts kollidierten der anvisierte Blockadepunkt und das Materiallager mit anderen Aktionen, so dass die Punkte aufgrund der verursachten (und erfreulichen) Verkehrslahmlegung nicht rechzeitig erreicht werden konnten. Neben diesen äußeren Gegebenheiten ist ein gewisses Scheitern jedoch auch dem eigenem Unvermögen zuzuschreiben, unter den gegebenen repressiven Verhältnissen handlungsfähig zu bleiben. Bereits in der Vorbereitung wurde der Fokus stärker auf die konkrete Vorbereitung der einzelnen Aktionen gelegt und weniger auf eine wirksame Mobilisierung für die Aktionsidee. Die mit der Organisierung halbklandestiner Aktionsformen verbundene Schwierigkeit der öffentlichen Werbung und der Gewährleistung einer Ansprechparkeit wurde für uns während der Gipfeltage zu einem noch größeren Hindernis. Während wir in der Vorbereitung z.T. auf befreundete Genoss_innen aus anderen Bündnissen bauen konnten, die das dezentrale Blockadekonzept hier und da zur Sprache brachten, versagten wir während der Protesttage darin, offensiv und selbstbewusst für die vorbereiteten Aktionen zu werben. Mögliche Repression befürchtend, hielten wir uns so sehr im Hintergrund, dass es für jene, die mit unserem Konzept sympathisierten, kaum Anknüpfungspunkte gab.

Damit ist uns bewusst geworden, dass die Vermittlung der Aktionen in der Vorbereitung gründlicher einbezogen und überlegt werden muss. Statt wohl klingender Aufrufe, hätten wir mit einer konkreten Erörterung des Konzepts, wie eine Teilnahme möglich ist, welche räumliche Orientierung besteht (z.B. Zugangsstraßen und günstige Angriffspunkte) und in welcher personellen Größenordnung die Aktionen gedacht werden, vermutlich mehr Leute angesprochen. Während der Protesttage wäre für ein offensives Propagieren unserer Pläne und Analysen die Einberufung eines autonomen Plenums oder zumindest die stärkere Präsenz auf den Camp-Plena bzw. auf dem zu spät stattfindenden, von den Internationals einberufenen autonomen Plenum am Mittwoch auf dem Camp in Reddelich nötig gewesen.

Eine andere, nicht unwesentliche Ursache für unsere faktische "Abwesenheit" sehen

VERIMOUNT	19.06.06	k.A.	Sammlung und Auswertung zur Wirtschaftskriminalität
TEC	18.05.98	20768	Sammlung und Auswertung illegaler Technologietransfer
WAFFEN	08.06.98	23879	Sammlung und Auswertung Waffenhandel
BAN	26.08.04	k.A.	Bundespolizeiaktennachweis
PAVOS-Zentral	26.08.04	k.A.	Polizeiliche Vorgangsbearbeitung, el. Tagebuch der Bundespolizei
GGFG	26.08.04	k.A.	Geschützter Grenzfahndungsbestand
TaFaS	09.01.03	k.A.	Taschendiebstahlsfahndungssystem
EAO Video Bahn	05.01.06	k.A.	Einrichtungsanordnung zur automatisierten offenen Videoüberwachung von Bahnanlagen
INZOLL	15.04.04	k.A.	Informationssystem Zollstraftaten
EURIS	15.04.04	k.A.	Erfassungs- und Recherchesystem der Informationsgewinnungssachgebiete des Zolls
VHG	15.04.04	k.A.	Verdachtshinweise Geldwäsche von Bankinstituten und Spielbanken
COLUMBUS	05.12.05	k.A.	Informationsdatei Verbrauchssteuerhinterziehung
CARGO-INFO	28.06.06	k.A.	Analysesystem Luftfracht, Express, Kurier- und Luftpostverkehr
MAR/YACHT-INFO	28.06.06	k.A.	Analysesystem gewerblicher/nichtgewerblicher Seeverkehr
BALKAN-INFO	28.04.06	k.A.	Analysesystem Balkanroute
SAMBA	15.04.04	k.A.	Sammlung Meldungen und Berichte Außenwirtschaft
KOBRA	27.04.05	k.A.	Kontrolle bei der Ausfuhr



wir in der personellen Überlastung durch die Einbindung in die Protest-Strukturen, die insgesamt betrachtet maßgeblich von Leuten aus dem autonomen Spektrum gestellt wurden. Diese füllten die Lücken in der Infrastruktur und trugen somit paradoxerweise zum Gelingen anderer Konzepte bei, während sie sich um die eigenen nicht genug kümmern konnten.

Schlussendlich müssen wir feststellen, dass auch wenn die Hoffnung zuletzt sterben sollte, ein Hoffen darauf, dass sich viele andere Gruppen durch einen unverbindlichen Aufruf zur Vorbereitung eigener Aktionen animieren lassen, derzeit nicht realistisch ist.
PAULA war ein Versuch. Das Resultat spiegelt nicht nur die organisatorischen Grenzen und Schwächen, sondern auch die fehlende Bereitschaft in der linksradikalen Szene wieder, sich durch Eigeninitative an derartigen Konzepten zu beteiligen. Wenn aufgrund mangelnder Vorbereitung oder verbreiteter Konsumhaltung selbstorganisierte und auch militante Protestformen auf der Strecke bleiben, empfinden wir das als ein schlechtes Zeichen für die Entschlossenheit in der linksradikalen Szene.

Die andere Art des "friendly fire"

Wir hatten uns im Zuge der Diskussionen um mögliche Aktions- und Blockadeformen während des G8-Gipfels bewusst gegen eine Teilnahme am Konzept Block G8 (BG8) entschieden, weil uns manch versprühter Geist der Regulierung, das Anliegen den Handlungsspielraum bei diesem Konzept auf ein "kontrolliertes Maß" festzulegen und die Betonung des zivilen Ungehorsams unter Ausschluss weitergehender Aktionsform missfielen. Wir fanden die Idee einer Massenblockade von BG8 prinzipiell gut. Den Weg der Umsetzung hingegen fanden wir falsch, weil wir in der klaren Festlegung gewünschter und ungewünschter Verhaltensweisen nicht nur das Anliegen sahen, möglichst vielen, unerfahreneren AktivistInnen einen Aktionsrahmen anzubieten, sondern auch die implizierte Übernahme des kriminalisierenden Blickes auf militante Widerstandsformen. Damit wurde von einigen in BG8 eine Polarisierung zwischen vertretbaren, im Sinne von vermittelbaren, und unvertretbaren Aktionsformen aufgemacht, die auch von den linksradikaleren BG8-Bündnisgruppen nicht korrigiert werden konnte.

Zwei Tage vor den Blockaden führten Vertreter von BG8, sowie ein Anmelder des antimiltaristischen Aktionstages in Rostock-Laage Gespräche mit den Cops um ihren Aktionsspielraum auszuhandeln. Hintergrund für diese Entscheidung von BG8 soll u.a. gewesen sein, dass aufgrund der Ereignisse am Samstag ein zu geringer Handlungsspielraum erwartet wurde. Durch die Offenlegung des eigenen Aktionsrahmens erhoffte mensch sich einen deeskalierenden Bulleneinsatz bzw. die Möglichkeit einen harten, unverhältnismäßigeren Bulleneinsatz besser kritisieren und delegitimieren zu können. Solche Gespräche sehen wir bei Aktionen des zivilen Ungehorsams, bei denen die Regelverletzung erklärtes Ziel ist, als politischen Fehler an, zumal die darin selbst auferlegten Beschränkungen gegenüber den Aktivist_innen von BG8 vor Ort auch in einigen Fällen durchgesetzt wurden. Unsere Einschätzung bestätigte sich bereits am Mittwoch, als die Schergen die Blockade-Taktik neutralisieren konnten. In dieser Situation gelang es BG8 nicht, den Ramen zu sprengen und ein neues Fass, bzw den Zaun aufzumachen.

Unser Verhältnis zur Kampagne Block G8 lässt sich jedoch nicht nur über die genannte Kritik beschreiben. Wir haben die beiden Blockadekonzepte immer als gegenseitige Ergänzung gesehen und uns dafür mit Teilen des Bündnisses sehr gut koordiniert. Wir haben uns über die Bereitschaft von Tausenden von Menschen gefreut, die sich für ein Blockieren im Rahmen von BG8 entschieden hatten und wir haben von der Kampagne BG8 gelernt, was die Vermittlung klarer Aktionsangebote bedeutet. Letztendlich haben sich nicht wenige aus unserem Umfeld der Massennblockade mangels eigener Alternativen angeschlossen. Klar ist, dass mensch mit der Propagierung von militanten Aktionskonzepten in einem Widerspruch zur legitimierten Ordnung und der mehrheitlichen Meinung steht. Es bleibt eine der größten Herausforderungen, diesen Widerspruch in der politischen Praxis auszuhalten und auch öffentlich vertreten zu können. Der emanzipatorische Charakter einzelner Aktionen und politischer Kampagnen ist mit Sicherheit nicht an dem Grad ausgeübter Militanz zu messen, aber eben an einem unversöhnlichem Antagonismus zur bestehenden Ordnung. In der Frage nach dem Verhältnis zu Aktionen des unkontrollierbaren Regelbruchs steckt zugleich die Frage nach dem Verhältnis zur staatlichen, zur rechtssetzenden und rechtserhaltenden Gewalt.

Solidarische Kritik ist für die Weiterentwicklung militanter Aktionskonzepte erwünscht und notwendig. Aber es sollte doch bei jeglichen Äußerungen zu anderen Aktionsformen und Aktivitst_innen Klarheit darüber bestehen, wo die eigentliche Konfliktlinie im Kampf um gesellschaftliche Veränderung verläuft. Vorauseilende Ausgrenzung, Denunziation und Gedanken über eine Auslieferung von Genoss_innen an die Bullen sind fern eines jeglichen solidarischen Verhaltens. Und wie schnell wird aus einem "Schlagt uns nicht!" ein "Schlagt nicht uns!".

Die Auflösung und die Zukunft

Wir waren PAULA. Es hat sich gezeigt, dass das Konzept von PAULA Schwächen hatte und sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung an einigen Stellen zu ergänzen ist. Dennoch halten wir grundsätzlich das Konzept von dezentrale Blockaden für sinnvoll, sei es bei Großereignissen wie Gipfeltreffen oder bei Castortransporten und Naziaufmärschen.
Wir bleiben dabei, dass unberechenbare Widerstandsformen notwendig sind. Eine llogische Konsequenz unserer Gesellschaftsanalyse ist auch eine militante Praxis in der linksradikalen Szene und die Bestrebung, die gemeinsame Bereitschaft für derartige Aktionsformen aufrecht zu erhalten. Mögen die angeführten Kritikpunkte zukünftigen Zusammenschlüssen bei der Planung von subversiven Aktionen hilfreich sein.

Solidarische Grüße an die mit §129a belästigten Gennoss_innen!

PAULA (überregionales Plenum - antiautoritär - unversönlich - libertär -autonom)

Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger

Sexualisierte Gewalt in linken und subkulturellen Zusammenhängen

Mit diesem Text wollen wir, mehrere Hamburger Gruppen und Projekte, erläutern warum wir im Mai 2007 an einige Zusammenhänge (das Kollektiv vom Fischkopp-Plattenladen sowie das Onkel-Otto-Kollektiv) herangetreten sind und sie aufgefordert haben, ihre aktive Unterstützung eines Vergewaltigers (T) zu beenden und sich von ihm zu distanzieren.
Die hiermit verbundene Veröffentlichung der Vergewaltigungen (in Absprache mit der betroffenen Frau) wurde unausweichlich, weil sich die Situation inzwischen so zugespitzt hat, dass es notwendig wurde, Druck auf T. auszuüben und öffentlich Unterstützung für die Betroffene einzufordern.

Wir verfolgen also einerseits ein ganz konkretes Ziel: die Unterstützung der betroffenen Frau (X), die seit inzwischen 10 Jahren immer wieder durch T. und Teile seines Umfeldes unter Druck gesetzt wird und deren Räume dadurch massiv eingegrenzt und beschnitten werden. Von der Eskalation sind auch ihre Unterstützer_innen und Freund_innen betroffen.
Andererseits wurde uns in dieser Situation wieder einmal vor Augen geführt, dass es dringend nötig ist, sich innerhalb der Szene an Standards im Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen und Vergewaltigern zu erinnern und diese Standards zu verteidigen. Unsere politische Folgerung daraus ist die konsequente Parteilichkeit mit der betroffenen Frau. Das bedeutet in diesem Fall praktisch, eine im letzten Jahr erneut eskalierte Situation zu beenden und einen Rahmen zu schaffen, in dem X nicht mehr ständig mit Einschränkungen, Anfeindungen und Infragestellungen ihrer Person konfrontiert wird.

"Vergewaltigung HAHAHA"...

.... wurde im Jahr 2001 als riesiger Schriftzug an die Hauswand der betroffenen Frau gesprüht. Dies ist ein Beispiel aus einer ganzen Reihe von Vorfällen, die sich im Nachgang des von ihr erhobenen Vergewaltigungsvorwurfes gegenüber T. ereignet haben, mit dem Ziel, ihre Glaubwürdigkeit infrage zu stellen.
Die Vergewaltigungen ereigneten sich innerhalb einer Beziehung im Jahr 1997. X hatte damals darauf verzichtet, diese Vergewaltigungen öffentlich zu machen da sie T. die Möglichkeit geben wollte, sich ohne Stigmatisierungen mit seiner Tat auseinander zu setzen. Außerdem wollte sie für sich die unerträgliche Situation vermeiden, die in der Regel auf die Veröffentlichung des Vorwurfes von Vergewaltigungen folgt. Es zeigte sich aber in den folgenden Jahren, dass T. seinerseits die Geschichte kontinuierlich verbreitete sowie in seinem Sinne verdrehte und instrumentalisierte. Er und Teile seines Umfelds haben Gewalt auf zahlreichen Ebenen ausgeübt: von gezielter Diffamierung und Diskreditierung von X über massiven Psychoterror gegen sie und ihre Freund_innen und Unterstützer_innen bis zu körperlicher Gewalt.

Aus der Perspektive der politischen Unterstützung halten wir die chronologische Darstellung eines mittlerweile zehn Jahre andauernden Konfliktes weder für möglich noch für sinnvoll. Uns geht es nicht darum, sämtliche Ereignisse der letzten 10 Jahre zu diskutieren und den Umgang mit den Vergewaltigungen zum Gegenstand von Szenetratsch zu machen. Dieser bereits stattfindende Szenetratsch trägt zu einer Entpolitisierung des Konfliktes bei, die wir unbedingt vermeiden wollen. In ihrer Summe lassen die konkreten Vorfälle eine bestimmte Struktur im Verhalten T.s und Teilen seines Umfeldes erkennen, die symptomatisch für den Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen sind:
- Die ständige Thematisierung des Vergewaltigungsvorwurfes durch T. inklusive der Nennung des Namens der Betroffenen und Umdeutung des Vorwurfes zu einem Privatkonflikt.
- Daraus resultierend die Infragestellung der Glaubwürdigkeit von X. und der damit verbundene permanente Legitimationszwang.
- Der Versuch T.s, sich selbst zum Opfer einer Intrige zu stilisieren und die Verweigerung einer Auseinandersetzung mit seinen Handlungen.
- Die aktive Unterstützung T.s durch Teile seines Umfelds, die sich in Provokationen, Drohungen, Beleidigungen und tätliche Übergriffe gegen X und ihren Freundeskreis manifestiert.
- Die passive Unterstützung T.s durch Nicht-Positionierung, unkommentiertes Dulden und Versuche, "sich rauszuhalten".

Der ganz normale alltägliche Wahnsinn...

Der oben bezeichnete Vorfall ist leider keine Ausnahme, sondern spiegelt alltägliche Strukturen des sexistischen "Normalzustandes", auch in der Szene, wider. Zurzeit haben wir den Eindruck, vor allem im Umgang mit Sexismus einen Rollback zu erleben. Möglicherweise ist das Bewusstsein, dass sich patriarchale und frauenfeindliche Strukturen auch im Privaten niederschlagen, dass eben das Private politisch ist, geschwunden. Diese Einsicht macht es notwendig, sich nicht nur theoretisch mit Feminismus und Sexismus zu beschäftigen, sondern sich auch mit dem eigenen Verhalten auseinander zu setzen. Damit ist aber oft die Einsicht verbunden, sich selbst auch sexistisch zu verhalten oder verhalten zu haben, ebenso wie eigene Privilegien entlang der Geschlechterrollen einzusehen und aufzugeben. Generell gilt dies natürlich für Frauen und Männer , im Bereich sexualisierter Gewalt sind die Täter jedoch fast immer männlich.
Zu den üblichen Schablonen gehört, sexualisierte Gewalt konstant zu leugnen und von sich selbst und vom eigenen, direkten Umfeld weg zuschieben oder zu bagatellisieren. Ermöglicht wird dies durch die klas-

sischen Bilder und Vorstellungen - bzw. durch "Vergewaltigungsmythen", welche ein Bild vom Täter als abnormal, gestört oder krank zeichnen. Ein zentrales Moment ist hierbei die Vorstellung eines sexuellen Triebes, der durch die Frau provoziert würde und der vom Täter nicht zu kontrollieren sei. Damit einher gehen regelmäßig Assoziationen, die den Täter mit der Ausübung roher körperlicher Gewalt in Verbindung bringen, so dass dieser von vorneherein als Psychopath oder zumindest stumpfer Makker erkennbar sei. Sie vermitteln damit ein Täterbild, welches nur auf die wenigsten Vergewaltiger überhaupt zutrifft. Dass auch der "sympathische" oder einfach nur "nett, harmlos und süß wirkende" Typ, Verwandte, Bekannte oder Freund genau so vergewaltigen kann, wird ebenso ausgeblendet wie die unendlich vielen Ebenen struktureller und psychischer Gewalt, die sexualisierte Gewalt überhaupt erst möglich machen. Zu dem trägt diese reduzierte Wahrnehmung von Vergewaltigungen zur Machtausübung über Frauen und Mädchen bei, indem Angst geschürt wird, alleine auszugehen, sich so oder so zu kleiden und in dem Frauen allgemein als "zu Beschützende" angesehen werden.

In der Praxis bedeutet dies, dass allein die oben beschriebene reduzierte Wahrnehmung von Vergewaltigung in den Köpfen vieler bestimmt, ob etwas überhaupt als Vergewaltigung anerkannt wird oder nicht. Solange gewisse Muster oder Erwartungen in diesem Denken nicht erfüllt sind, "hat eben auch keine Vergewaltigung stattgefunden". Faktisch wird damit ein Großteil sexualisierter Gewalt ausgeklammert, denn der größte Teil sexueller Übergriffe findet nicht nachts im Dunkeln auf einer einsamen Straße statt, sonder innerhalb von Beziehungen, Familien und Freundeskreisen und damit in einem Rahmen, wo Vertrauens- oder Abhängigkeitsverhältnisse bestehen, die der Täter ausnutzen kann. Oft ist es gerade die vertraute Nähe, in der sich Täter sicher fühlen.

Gewalt und Macht bedürfen nicht immer, vor allem innerhalb bestehender Beziehungen, physischer Gewaltanwendung, sondern funktionieren ebenso gut als emotionaler Druck und Bedrohung, oder in Ausnutzung persönlicher und emotionaler Abhängigkeiten. Dazu kommt, dass die beschriebenen Vergewaltigungsmythen auch in der Vorstellung der Betroffenen existieren, wodurch diese sich oft selbst die Schuld zuweisen oder Vergewaltigungen überhaupt erst gar nicht oder viel später als solche erkennen. So ist es auch nicht leicht, sich einzugestehen, dass der Vater, der beste Freund, die eigene Beziehung Täter ist und entsprechende Konsequenzen folgen müssten.

Mythen und Legenden

Aber gerade diese Gewalt wird von den Vergewaltigungs- und Tätermythen nicht nur gar nicht erfasst, sondern durch ihre Verleugnung aktiv ermöglicht. Diese Mythen sind der Hintergrund, vor dem Vergewaltigungen begangen werden können, ohne dass diese als sexualisierte Gewalt eingeordnet oder benannt werden. So ist z.B. auch die Möglichkeit, staatliche Rechtshilfe zu bekommen, von einer "beweisbaren" Vergewaltigung (z.B. durch ärztlich bestätigte Verletzungen) abhängig. Dass sich in der Szene genau in solchen Fällen der eigenen Verantwortung entzogen wird, und der sonst immer abgelehnte Weg zu den Bullen vorgeschlagen wird, spricht für sich.

Die Reduzierung auf die hier skizzierten Mythen hat einerseits zur Folge, dass sich vom Punk bis zur Bildzeitungsleser_in zwar alle darin einig sind, dass Vergewaltigungen etwas abscheuliches sind - aber zum anderen garantiert es, dass alle anderen Möglichkeiten sexualisierter Gewalt sich innerhalb eines "Normalitätsrahmens" abspielen, der keinerlei Skandalisierung erfährt und damit unbenannt und unthematisiert bleiben. Das macht es Betroffenen enorm schwer, sexualisierte Gewalt als solche zu benennen und offen zu thematisieren. Zusätzlich sind es dann auch die Täter selbst, wie auch im Fall von T. und seinem Umfeld, welche Vergewaltigungsmythen aktiv benutzen, um die Glaubwürdigkeit der Betroffenen zu untergraben.
Abweichungen vom reduzierten Vergewaltigungsbegriff werden häufig genutzt, um der Betroffenen eine Mitschuld für das Geschehene anzulasten. Schließlich habe sie sich selbst in die Situation gebracht, sei nicht vorsichtig genug gewesen oder habe ihr "Nein!" nicht deutlich genug gemacht. Die Erfahrung von sexualisierter Gewalt, Ohnmacht und Demütigung wird für die Betroffene so zusätzlich oft noch begleitet durch Gefühle wie Scham und Schuld. Diese werden vom Täter und seinem Umfeld in vielen Fällen sehr gezielt provoziert, um die Betroffene einzuschüchtern und ihr die Thematisierung ihrer Situation so schwer wie möglich zu machen. Diese Unterstellung einer Teil- oder Mitschuld stellt eine Variante dar, eine Vergewaltigung auf einen persönlichen Konflikt zu reduzieren und zu individualisieren. Im Gegenzug wird der Täter von seiner Verantwortung entlastet. Daher soll hier noch einmal klargestellt werden: Es gibt keinerlei Rechtfertigungen für die Ausübung sexualisierter Gewalt und es gibt auch kein Verhalten betroffener Personen, das in letzter Konsequenz eine Vergewaltigung ausschließen könnte.

Für die Betroffene bedeutet es in dem hier kritisierten Klima ein ungeheures Stigma, sich selbst als Opfer sexualisierter Gewalt zu bezeichnen. Aber das richtige Spießrutenlaufen beginnt oft erst, wenn die betroffene Person sich entschließt, offen über das Erlebte zu sprechen. Neben der Belastung, immer wieder über traumatische Verletzungen und Abläufe sprechen und sich erklären zu müssen, kommen noch die katastrophalen Reaktionen der Umfelder hinzu, die der Betroffenen nicht glauben, sie nicht ernst nehmen oder "hieb und stichfeste" Informationen mit Beweischarakter einfordern. Diese Forderungen nach Details, die "objektive" Kriterien der Definition einer Vergewaltigung erfüllen sollen, stärken generell die Perspektive der Täter, da sich eine Vergewaltigung oft überhaupt nicht beweisen lässt, während die Perspektive und Wahrnehmung der Betroffenen negiert wird. Die erlebten Demütigungen und Grenzüberschreitungen werden so nicht selten als persönliche "Macke", als persönliches Problem der Betroffenen hingestellt. Auf diese Weise wird ihre Zurechnungsfähigkeit kontinuierlich in Frage gestellt. Zusätzlich wird hierbei das Rumerzählen der "Täterversion" der Geschichte instrumentalisiert, um durch die fortwährende Wiederholung der Demütigung die Frau mundtot zu machen. Dieses verbreitete Agieren und Argumentieren im Sinne des Täters ist die klare Positionierung, die Täterinteressen über die der betroffenen Person zu stellen und damit ein Gewaltverhältnis konsequent weiterzuführen, welches bereits die Vergewaltigung ermöglicht hat.

Definitionsmacht

Klar geworden sein sollte, dass das Einfordern objektiver Kriterien am eigentlichen Punkt vorbeigeht, und das statt dessen die Grenzen der Betroffenen ausschlaggebend sind. Das beschreibt das Konzept der Definitionsmacht, das der Betroffenen ihren Subjektstatus, der durch die Grenzverletzung der sexualisierten Gewalt in Frage gestellt wurde, zumindest teilweise zurückzugeben versucht. Es soll ein Rahmen bieten, in dem über den Vorfall überhaupt gesprochen werden kann und die Wünsche der Betroffenen beachtet und umgesetzt werden. Dieses Konzept definiert als Vergewaltigung, was als solche empfunden wird. Se-

xualisierte Gewalt fängt da an, wo kein aktiver, beidseitiger Wille vorhanden ist und Grenzen verletzt werden. Ein Nein gilt immer und zu jeder Zeit, egal wie es geäußert wird! Der häufig und auch in diesem Fall gebrachte Einwand, die Definitionsmacht könne missbraucht werden, um persönliche Rache auszuüben oder um sich zu profilieren, ist absurd. Die Folgen einer Veröffentlichung sind für die Betroffene in der Regel mehr als schwerwiegend, sie reichen vom Vorwurf der "Szene-Spaltung" über Einschüchterungsversuche bis zur kontinuierlichen Konfrontation mit der erlebten Gewalt und dem dadurch erzwungenen Rückzug aus Zusammenhängen. In einer solchen Situation zu überleben und sich in den vertrauten Räumen zu behaupten, erfordert einen ungeheuren Kraftakt, der sich oft nur mit erheblicher solidarischer Unterstützung bewerkstelligen lässt. Allerdings wird diese Parteilichkeit nur den wenigsten Betroffenen auf breiter Ebene entgegengebracht.

Eine neutrale Position innerhalb einer solchen Diskussion kann es somit nicht geben, da nur eine aktive Solidarisierung und Parteilichkeit mit der Betroffenen den herrschenden Normalzustand aufbricht, in dem ansonsten die Interessen des Täters gedeckt und gestärkt werden. Der Versuch einer "Nichtpositionierung" erfolgt oft über die Ausrede, "gar nicht zu wissen, was wirklich passiert ist", "eigentlich beide zu mögen", sich raushalten zu wollen und "eigentlich gar nichts damit zu tun zu haben". Eine Szenespaltung ist nur dadurch denkbar, dass sich Leute implizit oder explizit auf die Seite des Täters stellen.

Im Falle des Vergewaltigers T. in Hamburg zählt gerade das systematische Herumerzählen "seiner Geschichte" und die offene Nennung des Namens der betroffenen Frau zu dem Versuch, deren Räume gezielt zu zerstören. Die Absicht dabei ist völlig klar: Einerseits zwingt er die Betroffene immer wieder sich rechtfertigen zu müssen und kalkuliert hierbei, dass sie diese Demütigungen irgendwann nicht mehr erträgt - zum anderen verbreitet er unermüdlich die klassische Verteidigungsversion eines Vergewaltigers, der zwar einsieht, dass er Mist gebaut hat, aber dass eben auch die Frau nicht ganz normal sei und ihm somit nur eine begrenzte Schuld anzurechnen sei. Was unterm Strich bleibt, ist die Unzurechnungsfähigkeit und Mitschuld der Frau, da er seine Schuld mit seinem Eingeständnis quasi abgearbeitet hat... Auch dies ist kein Einzelfall, sondern der allgemein übliche "Klassiker", wie die betroffene Frau gezielt diffamiert und damit ihr Überleben in denselben Räumen wie denen des Täters unmöglich gemacht wird. Dies beruht vor allen Dingen auf der Tatsache, dass es dem Täter wesentlich leichter gemacht wird, öffentlich herum zu erzählen, dass er unschuldig ist, während für die Frau die Thematisierung ihrer Verletzungen eine dauernde Retraumatisierung bedeutet, die ein ständiges Wiedererleben des ihr Angetanen verursacht. Auf genau diesen Punkt spekulieren aber viele Täter ganz gezielt, um ihre Opfer zum Schweigen zu bringen. Das Muster, die betroffene Frau mit ihrem eigenen Gefühl der Demütigung, der Verletzung und Erniedrigung zu bekämpfen, bleibt bei den meisten Tätern immer gleich und wird durch die Reaktionen der Umfelder meist unterstützt.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, welche immense Bedeutung dem Grundprinzip der Definitionsmacht zukommt, die es Betroffenen ermöglichen soll, Gewalterfahrungen zu benennen und zu bekämpfen. Dabei geht es nicht um die Anwendung eines "Strafsystems" gegen Täter, sondern um den Schutz der betroffenen Person vor weiteren Angriffen und Erniedrigungen. Durch die Anerkennung der Definition und Bedürfnisse der Betroffenen soll ihre Perspektive wahrgenommen und gestärkt werden. Dies bedeutet gleichzeitig auch eine politische Auseinandersetzung, um sexualisierte Gewalt als gesellschaftlich verankerte Praxis zu bekämpfen und den herrschenden "Normalzustand", in dem die Interessen des Täters gestärkt werden, aufzubrechen.

Die Verantwortung liegt in der Szene und jeder/jedem Einzelnen, sich nicht nur mit abstrakten Parolen, sondern auch in konkreten Fällen wie dem hier beschriebenen eindeutig zu verhalten. Ausschlaggebend ist, dass die Betroffene sich gerade in linken Räumen frei bewegen kann, was z.B. durch Hausverbote ermöglicht wird. Dazu gehört aber auch ein generell eindeutiger Umgang mit sexualisierter Gewalt, wozu auch das Rausschmeißen und Ausschließen von Menschen gehört, die sich sexistisch äußern und handeln (Anmache, grapschen, sich als Antifeministen bezeichnen). Nur so kann ein Klima geschaffen werden, in dem sich Betroffene ermutigt fühlen, sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungen öffentlich zu machen im Vertrauen, dass der Täter und nicht sie selbst die Konsequenzen zu tragen hat. Für einen weiteren Umgang mit dem Täter innerhalb der Szene setzen wir ein ernst gemeintes Eingeständnis und Anerkennen seiner Schuld voraus sowie den echten Willen, sich mit der eigenen Tat u.a. in einer Therapie auseinander zusetzen, um das eigene Verhalten grundlegend zu reflektieren und zu verändern.

In diesem konkreten Fall ist keinerlei erkennbare konstruktive Auseinandersetzung erfolgt. Stattdessen werden die betroffene Frau und ihr Umfeld in einem solchen Maß bedroht, dass sie sich nur noch sehr eingeschränkt bewegen können.

Daraus resultieren für uns die Forderungen:

·- Ziel ist, dass die betroffene Frau und ihr Umfeld sich wieder uneingeschränkt (d.h. ohne Anfeindungen, Bedrohungen oder sonstige Konfrontationen mit T. und seinem beteiligten Umfeld) in Hamburg bewegen können.
- Vor dem Hintergrund seines bisherigen Verhaltens ist T.s Anwesenheit in politischen und subkulturellen Strukturen Hamburgs sowie im Lebensumfeld der Frau nicht tragbar.
- Wir werden außerdem nicht hinnehmen, dass eine aktive Unterstützung T.s durch Teile seines Umfelds fortgeführt wird, sei es in Provokationen, Drohungen, Beleidigungen und Aggressionen gegen X und ihr Umfeld sowie im Weitertragen der Täterversion der Geschichte.
·- Es ist notwendig, T. und sich an Anfeindungen und Bedrohungen beteiligenden Personen aus seinem Umfeld keine Räume und Möglichkeiten zu bieten, ihr Bedrohungsszenario fortzusetzen, wozu Hausverbote, Ausschlüsse oder offene Distanzierungen beitragen können.

Wir sind erreichbar unter agunterstuetzung@gmx.net

Hamburg, den 27. Juli 2007

[FLASH / Gruppe commode / arachne / Neben der Spur / Rote Flora Plenum / Teile von 170 / Antirepressionsgruppe Hamburg / [tag] / rapidas / flagranti - feministische Gruppe Hamburg / autonome Gruppe dunkelbunt / feministische FrauenLesben-Transgendergruppe zu G8 / sous la plage / AG Cowboy-Killer / Einige von der Hospi]

Weiterhin erklären sich bis zum 15.8. 2007 solidarisch:
Autonome Linke Hamburg /Avanti - Projekt undogmatische Linke (Hamburg)/Café Knallhart Plenum/[aujah] - autonome Jugendantifa Hamburg/[AG] Pronto (Hamburg)/Ermittlungsausschuss Hamburg /PinkTankEntertainment/LIZ/Antifaschistische Aktion Osnabrück [AAOS]/Antifaschistische Aktion Münster (AfA)/Netzwerk Münster- und Osnabrücker Land/g8 antisexist contact and awareness zusammenhang (münster)/re.ACTion/GAP-Berlin/infoladen gruppe subtilus (flensburg)

Der Beginn einer notwendigen Diskussion über antifaschistische Aktionen

Antifa heißt ...!

Wenn dumme Parolen auf schwache Strukturen treffen, wenn Nazi-Großveranstaltungen fast unwidersprochen bleiben, wenn schnelles Abenteuer die Diskussion um Inhalte und Strategie antifaschistischer Politik ersetzt, dann ist es Zeit für eine kritische Reflexion!

Unserer Meinung nach steckt die linksradikale antifaschistische Bewegung der Bundesrepublik in einer Krise - und dass nicht erst seit gestern. Antifaschistische Mobilisierungen können zunehmend weniger Menschen bewegen. Viele Aktionen schwanken zwischen pseudomilitanter Selbstbeweihräucherung und selbstmitleidigem Gejammer, und die gesellschaftliche Relevanz scheint uns seit längerem abhanden gekommen zu sein. Was tun? Im Folgenden wollen wir als Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! darlegen, welche Entwicklungen wir problematisch finden, was politisch schlichtweg in die falsche Richtung geht und wie unsere Vorstellungen von linker antifaschistischer Politik aussehen. Wir hoffen, damit eine Debatte über Gegenwart und Zukunft des linken Antifaschismus anzuregen - eine Debatte, die unseres Erachtens mehr als überfällig ist.
Anlass der Gründung der Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! waren die seit 2001 wieder erlaubten Rudolf Hess-Gedenkmärsche der NationalsozialistInnen. Deren Teilnehmendenzahl hatte sich bis 2003 bereits auf 2500 Nazis aller Lager und Generationen aus ganz Europa erhöht. Die antifaschistische Bewegung war zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage gewesen, diesem Aufmarsch politisch oder praktisch etwas entgegen zu setzen.

Langfristiges Ziel der Kampagne war und ist es, die alljährlichen Großereignisse der Naziszene, die neben der Aussenwirkung auch eine starke Bindungswirkung nach innen haben, zu verhindern. Zudem wollen wir in öffentliche Debatten intervenieren: Es geht uns auch darum, die herrschende Geschichtspolitik anzugreifen, da sie den Nazis Spielräume eröffnet, die sich beispielsweise in Wunsiedel realisieren. Für diese Einmischung müssen wir einen breiten antifaschistischen Konsens in der Gesellschaft etablieren - unter anderem durch Bündnis- und Öffentlichkeitsarbeit. Grundlegende Voraussetzung für diese Intervention bleibt vor allem die Weiterentwicklun des politischen Bewusstseins vieler organisierter und unorganisierter AntifaschistInnen.



Im Jahr 2004 wurde seitens der Kampagne zu einer antifaschistischen Kundgebung nach Wunsiedel eingeladen, ein Jahr später gelang es uns mit mehr als 80 Infoveranstaltungen, Flugblättern, Plakaten und Pressearbeit trotz des Verbots des Nazi-Aufmarsches, etwa 2000 AntifaschistInnen nach Wunsiedel zu mobilisieren.

Unser Name deutet es an: Wir haben uns nie als Anti-Hess-Kampagne begriffen, sondern richteten unsere Politik von Anfang an gegen jede Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus und der Relativierung der deutschen Geschichte. Aus diesem Grund haben wir mit dem Jahr 2006 unsere Kampagne offensiv erweitert und andere neonazistische Großveranstaltungen, auf denen offen Krieg und Nationalsozialismus verherrlicht wird, in unsere Arbeit mit einbezogen. Die Aufmärsche von Dresden und Halbe und das Treffen von Mittenwald zu thematisieren, den Blick der Öffentlichkeit auf diese Ereignisse zu lenken, Menschen zu Protesten zu mobilisieren war und ist unser Anliegen. Dennoch war es nicht mehr möglich, ähnliches Interesse an einer unserer Aktionen zu schaffen wie in Wunsiedel 2005 geschehen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf Information und Aufklärung und wir versuchen, die Mobilisierung an politischen Kriterien zu orientieren. Konkret heißt das: Wir laden Menschen ein, gemeinsam mit uns für ein längerfristig angelegtes, klar umrissenes politisches Ziel zu demonstrieren. Dabei setzen wir vor allem auf eine politische Bestimmung unserer Praxis statt auf eine ausschließlich emotionale. Denn es ist klar, dass eine lediglich auf Be- und Verhinderung des jeweiligen Aufmarsches ausgerichtete Mobilisierung langfristig politisch scheitern muss. Wir wollen vielmehr versuchen, mit unserer Kampagne auf das gesellschaftliche Kräfteverhältnis insgesamt einzuwirken. Dazu ist es notwendig, die antifaschistische Praxis jeweils an der Situation und unserer allgemeinen Zielsetzung auszurichten.

Vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass antifaschistische Arbeit auch immer den Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse und deren Ursachen wagen muss, finden wir die momentane politische Ausrichtung der antifaschistischen Bewegung kritikwürdig. Oft genug zielt die politische Praxis nur darauf ab, sich als "autonome Antifas" darzustellen. Bestimmte Formen des Protestes werden unabhängig von den Gegebenheiten ewig gleich wiederholt, weil bei vielen offenbar die militante Geste ein Ersatz für politisches Bewusstsein geworden ist.

Eine Betrachtung der antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen der letzten Jahre zeigt schnell, welche dieser Aktivitäten mobilisierungsfähig sind und vor allen Dingen, wie dazu mobilisiert wird: Selbst die unwichtigsten Kleinstnaziaufmärsche ziehen eine erhebliche Anzahl von Antifas an - auch über die betroffene Region hinaus -, wenn nur die Mobilisierung eine mögliche körperliche Konfrontation verspricht. Dabei kommt es nicht in erster Linie darauf an, dass eine militante Auseinandersetzung tatsächlich geführt wird - im Gegenteil finden zielgerichtete, organisierte militante Auseinandersetzungen nur noch äußerst selten statt. Anziehungskraft besitzen vielmehr Aktionen, in denen militante und oft mackerhafte Selbstdarstellung umfassend gewährleistet ist. Oft ist die Mobilisierung zu solchen Ereignissen fast ausschließlich auf die Verhinderung von Naziaktivitäten ausgerichtet und es steht die Verheißung auf einen Tag, an dem "was geht", im Vordergrund. Dementsprechend auch die Symbolik, die zu solchen Mobilisierungen genutzt wird: Bagger, Superhelden, brennende Mülltonnen und Steine werfende Vermummte.

Nicht selten laufen Aktionen dann auch entsprechend ab: Für die Darstellung identitätsfestigender Posen treffen sich Leute mit gleichen Klamotten und gleichen Vorstellungen davon, wogegen sich linksradikaler Antifaschismus alles abzugrenzen hätte. Eine politische Bewegung sollte jedoch mehr leisten können. Peinliche Parolen wie "Ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick" lassen die Distanz zum politischen Gegner missen und schrecken viele AntifaschistInnen von der Teilnahme an politischen Aktionen ab. Uns geht es nicht darum, bestimmte Dresscodes und Lifestyles zu dissen, sondern wir kritisieren hier die politische und kulturelle Ausrichtung, wie sie sich über Plakate, Slogans und Symbole transportiert - gerade auch von langjährig bestehenden, anerkannten Antifa-Gruppen und einschlägigen Antifa-Zeitschriften. Hinter dieser Ausrichtung, die Antifa immer weniger inhaltlich bestimmt und immer mehr auf symbolische Militanz à la "Nazis wegrocken" verkürzt, steht offenbar die Hoffnung, zunächst eine große Masse an jungen Menschen anzusprechen, um diese dann weiter zu politisieren. Dieser zweite Schritt erfolgt allerdings in der antifaschistischen Bewegung nur selten. Es dürfte auch schwer fallen, jungen Leuten, die zunächst über entpolitisierte "Action" gewonnen wurden, später klarzumachen, dass in der alltäglichen antifaschistischen Arbeit "Action" nur eine Nebenrolle spielt. Besonders problematisch ist hierbei, dass es keine gemeinsame Analyse über den verantwortungsvollen Einsatz von Militanz zu geben scheint.
Natürlich kann Militanz ein Mittel zur Bekämpfung von Nazis sein - aber das setzt voraus, dass Mensch sich ernsthaft Gedanken über Möglichkeiten, Ziele und Folgen macht und dass diese Form von Militanz so praktiziert wird, dass sie auch im Miteinander mit anderen gesellschaftlichen Kräften und anderen Aktionsformen in solidarischen Bündnissen funktionieren kann. So wie sie zurzeit vom Großteil der Szene praktiziert wird, ist Militanz aber zur bloßen Symbolik verkommen, die einerseits keine ernsthafte Gefahr für die Aktivitäten der Nazis darstellt, andererseits aber eine politische Intervention von vornherein ausschließt.

Kommen wir aber noch einmal zurück zu unserer Kampagnenarbeit: Wir denken, dass sowohl der eingangs erwähnte Interessenrückgang als auch der eben beschriebene Militanz-Symbolismus Ausdrucksformen der Defizite unserer Bewegung sind.
Als Reaktion auf den Antifaschistischen Aktionstag in Wunsiedel im Jahr 2005 hörten wir zwar zum einen, dass dieser politisch richtig gewesen sei, aber zum anderen wurde Unzufriedenheit darüber geäußert, an einem Ort zu sein, während Nazis woanders ihre Aktion durchführen. Schon wurde angefangen, darüber zu diskutieren, ob man Nazis nicht besser hinterherfahren sollte, anstatt eine eigene politische Veranstaltung zu machen. Diese Diskussion ist wahrlich alles andere als neu und führte schon in den 90-iger Jahren zu einem desaströsen antifaschistischen Politikverständnis, bei dem ein kleiner Haufen hochtechnisierter Antifas einem ähnlich kleinen Haufen Neonazis auf deutschen und europäischen Autobahnen hinterherjagte, wofür sich der Rest der Welt einen Scheißdreck interessierte.
Die erlebnisorientierte antifaschistische Bewegung tendiert zu dem Ort, an dem sich das Feindbild materialisiert - das ist nicht immer verkehrt, manchmal aber kurzsichtig. Da antifaschistische Mobilisierungen jedoch nicht im luftleeren Raum funktionieren, hatten wir versucht, unser politisches Vorgehen in Wunsiedel 2006 den Gegebenheiten anzupassen. Das führte allerdings in ein strategisches Dilemma: Wir entschieden uns gegen eine Veranstaltung vor Ort, sollte der Aufmarsch dort verboten werden. Eine Drei-Optionen-Mobilisierung wurde gestartet: Wenn die Nazis in Wunsiedel sind, fahren wir dorthin. Wenn sie zentral zu einem anderen Ort mobilisieren, verlegen wir unsere Veranstaltung. Wenn sie dezentral agieren, sagen wir unserer Mobilisierung seitens der Kampagne zu Gunsten regionaler antifaschistischer Strukturen ab. Wie gesagt, das war mobilisierungsstrategisch eine wackelige Angelegenheit, und genau das wurde als Argument gegen unser Vorgehen vorgebracht. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, an dem längst nicht klar war, ob es eine erlaubte zentrale Nazidemonstration geben würde, war zu erkennen, dass eine große antifaschistische Mobilisierung wie in 2005 nicht gelingen konnte. Fast nirgends war die dafür nötige Infrastruktur entstanden. Wir konnten die abwehrende Haltung der meisten Gruppen: "Noch mal fahren wir da nicht hin, wenn da keine Nazi sind" nicht durchdringen.
Es ist offensichtlich, zu welchen Anlässen Interesse geweckt werden kann und vor allem wodurch - gemeinsame politische Vorstellungen und Ziele sind das oftmals nicht. Und hier sind wir eben wieder an dem Punkt einer entpolitisierten Antifabewegung, die nach sehr persönlichen Kriterien über das eigene Partizipieren entscheidet. Bezeichnend für diese Tendenz war ebenfalls die antifaschistische Reaktion auf den Bundesparteitag der NPD im November 2006 in Berlin, die schlichtweg nicht stattfand. Es gab keine organisierten antifaschistischen Aktivitäten und es kamen weniger Leute als zu mittelmäßigen Infoveranstaltungen oder schlecht beworbenen Soliparties. Zum Berliner NPD-Landesparteitag im Februar 2007 gab es zwar einen Aufruf, eine breite Mobilisierung konnte jedoch auch hier nicht gelingen. Die politische Bedeutung eines Parteitags der größten und aktivsten Nazi-Organisation der Bundesrepublik ist offenbar vielen nicht bewusst - weder der organisierten AntifaschistInnen noch deren (subkulturellem) Umfeld.
Wenn die Relevanz nazistischer Großveranstaltungen wie beispielsweise in Halbe offenbar nicht gesehen wird, und wenn die politsch-strategische Relevanz von neonazistischen Parteitagen und den damit einhergehenden faktischen öffentlichen Bewegungsspielraum für die NPD auch nicht wahrgenommen wird, stellt sich wirklich einmal mehr die Frage nach dem Inhalt



antifaschistischer Politik.
Die oben beschriebenen Probleme wirken sich derzeit noch nicht existentiell auf die Mobilisierungsfähigkeit der antifaschistischen Bewegung aus, dennoch führen sie langfrisitg zu einer Einbuße an politischer Interventionsfähigkeit. Daher ist es Zeit für eine bundesweit breite Diskussion darüber, auf Basis welcher Analyse und mit welcher Zielrichtung wir in der Zukunft antifaschistische Arbeit gestalten wollen. Dabei ist es wichtig, die sehr guten Recherchen und Analysen, die in den letzten Jahrzehnten in der Antifa-Szene gemacht wurden, ernst zu nehmen. Wir müssen bereit sein, auch lieb gewonnene Traditionen und Selbstverständnisse zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzugeben. Antifaschistische Aktionen müssen einem klaren politischen Konzept folgen, müssen eine Perspektive darstellen und dürfen nicht zum Selbstzweck verkommen. In diesem Sinne fordern wir alle aktiven AntifaschistInnen auf, sich an einer gemeinsamen Diskussion über die Gegenwart und Zukunft antifaschistischer Arbeit und Perspektiven zu beteiligen.

Kein Raum für die Verherrlichung des Nationalsozialismus!
Kein Ort für die Verdrehung der Geschichte!
Keine Zeit für die Nation!

Hamburg

Nazifeier auf Ohlsdorfer Friedhof

Zum wiederholten Male haben ca. 50 Hamburger Neofaschisten unterschiedlicher Organisationen am 29. Juli auf dem Ohlsdorfer Friedhof eine sog. "Gedenkfeier" abgehalten.

Die Erinnerung an den Tod von mehreren zehntausend Menschen im Rahmen der alliierten Bombardierungen der Hansestadt im Juli 1943 missbrauchen Nazis seit Jahren um schauerlich inszenierte Feiern abzuhalten. Ähnlich wie in den letzten Jahren marschierten dazu militante Neonazis der Freien Kameradschaften (FK) vor dem offiziellen Mahnmal für die Bombenopfer auf, standen Spalier und posiertem vor dem Relief im Mahnmal. Eine Rede hielt dieses Jahr der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Karl-Heinrich Göbel. Neben Mitgliedern der NPD und der FK waren auch DVUler, darunter aus dem Landesvorstand anwesend.
Seit mindestens 2004 hat Gerhard Teppris, ein ehemaliges DVU-Mitglied aus Wandsbek, mittels einer Tarnorganisation "Hamburger Opfer unvergessen", die Feiern inszeniert. In diesem Sommer starb Teppris, die erneute Feier dokumentiert, dass das Gedenken trotzdem Nazis organisationsübergreifend eint. Im letzten Jahr wurde die Nazifeier von AntifaschistInnen behindert und mit einer eigenen Kranzniederlegung darauf aufmerksam gemacht, dass sich in geringer Entfernung die Gräber von ZwangsarbeiterInnen befinden, die ebenfalls im Bombenhagel umkamen u.a. weil man ihnen den Schutz in Bunkern verweigerte. Diese Intervention hatte auch zur Folge, dass 2006 den FK der Zutritt zum Friedhof von der Polizei verwehrt wurde, die älteren Nazis mussten alleine feiern. Dieses Jahr nun konnten alle vereint und unter Polizeischutz ungestört feiern. NPD, DVU und FK legten alle eigene Kränze ab und sangen abschließend "Ich hatte einen Kameraden" und das gesamte Deutschlandlied.
Es ist ein Skandal, dass die Friedhofsverwaltung diese geschichtsrevisionistischen Spektakel seit Jahren duldet und die Polizei mal wieder für den Schutz der Nazis sorgt. Diese haben angekündigt in den kommenden Jahren wiederzukommen. Es bleibt also Aufgabe der AntifaschistInnen dem braunen Spuk in Ohlsdorf ein Ende zu bereiten. Es kann nicht hingenommen werden, dass die militärische Befreiung Deutschlands als "verbrecherische alliierte Kriegsführung" verleumdet und das Gedenken an die wahren Opfer des Faschismus als "eingeimpfte Schuldkomplexe" denunziert wird.

DVU-Hamburg 6 Monate vor der Wahl

Spanferkelessen satt

"Jeden Donnerstag Spanferkelessen satt" wirbt die Gaststätte Landlust aus dem kleinen mecklenburgischen Dorf Rastow bei Schwerin. Ob es am Samstag den 7. Juli 2007 Spanferkel für die wohl hundert Gäste der DVU gab, ist unbekannt, jedenfalls gab es Reden satt.

Für die Veranstaltung des Hamburger Landesverbandes der DVU waren insgesamt 6 RednerInnen angekündigt die auch Mitgliedern der benachbarten Landesverbände Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ihre Tiraden darbrachten. Die meist betagten Gäste aus Hamburg, hätten als Claqueure wohl kaum genügt. War doch sogar Gerhard Fey aus München angereist um zu erläutern, "warum Deutschland wieder auferstehen wird". Die schäbige Dorfkneipe mit realsozialistischem Charme sah allerdings gar nicht nach germanischer Wiedergeburt aus. Zweiter Höhepunkt war dann Oberst a.D. Hajo Herrmann, der als einstiger Nachtjäger über "die Vernichtung Hamburgs 1943 und unser Kampf um die Reichsverteidigung" berichten durfte. Nach einem euphemistischen Lageberichten aus Brandenburg und weiteren programmatischen Reden aus Bremen und Brandenburg, folgte dann noch die Kampfansage des Hamburger Vorstandsmitgliedes Robert Valkovic: "Wir sind die, vor denen euch eure Lehrer immer gewarnt haben." Eingebettet in die Veranstaltung war dann noch der eigentliche Landesparteitag von Freys hanseatischer Truppe mit Rechenschaftsbericht, Entlastung des alten und Wahl des neuen Vorstandes. Es ist anzunehmen, dass in diesem Rahmen auch schon Planungen für die Bürgerschaftswahl 2009 diskutiert, angesichts Freys Führungsstil, wohl eher diktiert worden sind.

DVU - neofaschistische Gefahr zur Bürgerschaftswahl

In Hamburg darf Ende Februar 2008 die DVU im Rahmen des "Deutschlandpaktes" zur Bürgerschaft kandidieren, eine Beteiligung der NPD, auch auf einzelnen Listenplätzen, ist eher unwahrscheinlich. NPD-Bundessprecher Klaus Beyer erklärte im August den Verzicht auf eine eigene Kandidatur und versicherte man werde die DVU im Wahlkampf unterstützen. Dass DVU, NPD und Freie Kameradschaften in der Hansestadt enger zusammengerückt sind, dokumentieren auch die alljährlichen gemeinsamen "Gedenkfeiern" auf dem Ohlsdorfer Friedhof.

So lächerlich der Landesparteitag der DVU-Hamburg fern der Heimatstadt auch war und so schlecht die Truppe aufgestellt ist, für Entwarnung gibt es leider keinen Grund.

Die DVU macht traditionell keinen Straßenwahlkampf wie z.b. die NPD, sondern überschwemmt mittels Freys Millionen Briefkästen mit ungewollter Post und die Straßen mit massenhaften Plakaten.

Die Infostände der NPD, welche in den Hamburger Randgebieten mindestens alle 14 Tage stattfinden, haben eventuell den entsprechenden braunen Boden bereitet.

In Bremen konnte die DVU, obwohl sie dort auch schlecht aufgestellt ist, im Mai 0,5 % dazugewinnen (insgesamt 2,74%) und mittels eines besonderen Wahlmodus über Bremerhaven wieder in die Bürgerschaft einziehen. In mehrere Stadtteilbeiräte, vergleichbar den hiesigen Bezirken, konnte sie ebenfalls einziehen. In Bremen wurden gezielt JungwählerInnen angeschrieben, eine (schlechte) Schulhof-CD produziert und eine Großveranstaltung durchgeführt. Die rechtspopulistischen Konkurrenten waren in Bremen, obwohl sie teilweise mehr Aufmerksamkeit bekamen, weniger erfolgreich. 1997 verpasste die DVU um 0,02 % (!) den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft, wurde jedoch in Mitte, Wandsbek, Bergedorf und Harburg in die Bezirke gewählt. Ein besseres Wahlergebniss hat werder davor noch danach je eine neofaschistische Partei in Hamburg erzielt. Um vier Jahre später endgültig den Durchbruch zu schaffen, war Frey 2001 der Wahlkampf nach realistischen Schätzungen mehr als 2 Millionen DM wert. (SPD 1,5 Mio. DM und CDU 800.000 DM). Ein Stadtstaat wie Hamburg, hat für Fey den Vorteil, dass er hier seinen kostenintensiven Wahlkampf auf enge Fläche bündeln kann, ohne auf einen Parteiapparat angewiesen zu sein. Die DVU scheiterte 2001 an dem Konkurrenten Schill-Partei. Deren Möchtegern-Nachfolger "HeimatHamburg" und "Zentrumspartei", dürften nach der Pro-Pleite wenig Erfolg haben, ihre Führer wirken wie ein billiger Abklatsch von "Richter Gnadenlos", sie haben keinen Apparat und keine Millionen wie Frey und keine Unterstützung durch die Springer-Presse und das hanseatische Bürgertum wie einst Schill.

Die eigentliche Gefahr der extremen Rechten bei der Bürgerschaftswahl geht also von der DVU aus. Und deren Wahlkampf über Post und Plakate erfordert eine andere antifaschistische Strategie als der "Kampf um die Strasse" gegen NPD und ihre Lakaien. Antifaschistische Aufklärung, der Kampf für gleiche politische und soziale Rechte, gegen Rassismus und Spaltung muss vor allem in die Randbezirke in Hamburgs Osten und Süden getragen werden. Hier haben seit Jahrzehnten Neofaschisten jeglicher Couleur die meisten Stimmen bekommen..



Rassismus in Mügeln

Hemmungslose Herrenrasse

Das Strickmuster ist im Grunde immer das gleiche: In einem ostdeutschen Kaff werden Menschen, die nicht so aussehen, als könnten sie jederzeit der NPD beitreten, gejagt und halb oder ganz tot geschlagen. Der Bürgermeister beharrt gleichwohl darauf, in seinem Örtchen gebe es gar keine Rechtsradikalen, und fürchtet oder beklagt einen Imageschaden.

In Politik und Medien heißt es, der Standort respektive das Ansehen Deutschlands im Ausland sei in Gefahr - was bekanntlich weit schwerer wiegt als Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit der Opfer -, weshalb man künftig runde Tische organisieren, Zivilcourage lehren, die NPD verbieten, Aktionsprogramme ins Leben rufen und der Jugend andere Perspektiven, als alles Undeutsche kurz und klein zu hauen, offerieren müsse. Gleichzeitig vergisst kaum jemand zu betonen, im Osten gebe es nach zwei Diktaturen nun mal ein Demokratiedefizit - was wohl heißen soll, dass die jeweiligen Schläger oder Messerstecher nicht so recht Herr ihrer Sinne, sondern letztlich auch nur Opfer der Verhältnisse seien, Modernisierungsverlierer sozusagen. In der betroffenen Ortschaft zeigt man sich dessen ungeachtet störrisch, lässt die Jalousien herunter, weist alle Vorwürfe von sich und schilt die Medien, die das alles bloß hochspielten. Im Fall der Attacke eines fünfzigköpfigen deutschen Pogrompöbels auf acht Inder in Mügeln war das kein bisschen anders.

Fast auf den Tag genau fünfzehn Jahre zuvor hatte ein Mob von Deutschen versucht, zumindest den Rostocker Stadtteil Lichtenhagen mit Brandsätzen ausländerfrei zu machen. Seinerzeit reagierte die Politik darauf mit jeder Menge Verständnis und der Konsequenz, das Asylrecht faktisch einfach abzuschaffen; schließlich könne man der Bevölkerung den "massenhaften Asylmissbrauch" nicht mehr zumuten. Derlei ist heute nicht mehr zu vernehmen, und zwar vornehmlich aus zwei Gründen: Zum einen gibt es am Artikel 16 des Grundgesetzes oder dem Ausländerrecht nicht mehr viel zu verschärfen; zum anderen hat der Pogromismus sich tatsächlich als echtes Investitionshindernis erwiesen und daher ausgedient. Als guter Deutscher hat man nun seine Vergangenheit bewältigt und bringt deshalb keine Ausländer mehr um, sondern beurteilt sie zuvörderst nach ihrem Nutzen für Staat und Vaterland: Wenn sie in irgendeiner Weise geeignet sind, für Weltoffenheit und Toleranz zu bürgen - wie bei der Fußball-Weltmeisterschaft -, wenn sie Kongruenzen mit den handelsüblichen deutschen Feinden zu bieten haben - wie nicht wenige Muslime - oder ökonomisch wertvoll sind, umgarnt man sie oder lässt man sie doch zumindest weitgehend in Ruhe.

Im Osten der Republik ist das allerdings anders. Das Argument mit dem Standort beispielsweise zieht dort nicht, denn er ist gar keiner, und deshalb entfällt noch ein Grund, irgendeine Form von taktischer Zurückhaltung zu üben. Nur werden die Angriffsobjekte immer weniger, weil kaum noch Ausländer, Punks oder Obdachlose in der Zone leben, wenn es sich vermeiden lässt. Falls es dann doch einmal ein paar Asiaten, deren Schnellimbiss ansonsten als Erweiterung der eintönigen Speisekarte geduldet wird, aufs Dorffest verschlägt, braucht es nicht viel, um die Volksseele zum Kochen zu bringen. "Der verordnete Antifaschismus der DDR mag als Lebenslüge noch so oft dekonstruiert worden sein", schrieb die kom-

Kurzchronik

1991 gibt es in Hoyerswerda eine Woche lang Krawalle gegen ein Wohnheim für Asylbewerber, die Migranten werden vertrieben. Das dabei geprägte Wort "ausländerfrei" wurde zum Unwort des Jahres 1991 gewählt.

1992 kommt es im August in Rostock- Lichtenhagen zu tagelangen Krawallen, bei denen Hunderte Rechtsextreme 115 Vietnamesen in einer Aufnahmestelle für Asylbewerber belagern. Die Täter tauchen immer wieder in der Menge von bis 3000 Menschen unter. Einige Zuschauer feuern die Täter an.

1992 sterben am 23. November in Mölln drei Türkinnen bei einem von Neonazis verübten Brandanschlag auf zwei Wohnhäuser.

1993 sterben am 29. Mai in Solingen fünf Menschen bei einem Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischen Familie.

1996 sterben am 18. Januar in Lübeck (Schleswig-Holstein) zehn Menschen bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim.

2000 erschlagen am 11. Juni drei Männer in Dessau den Mosambikaner Alberto Adriano. Die Täter geben vor Gericht Ausländerhass als Motiv an.

2006 quälen am 9. Januar in Pömmelte vier Jugendliche einen zwölfjährigen Jungen äthiopischer Abstammung. Rund zwei Stunden lang schlagen, treten und demütigen sie den Jungen.

2006 gibt es am Himmelfahrtstag (25. Mai) fremdenfeindliche Übergriffe in mehreren Städten, u.a. Weimar und Wismar

munistischer Neigungen bekanntermaßen unverdächtige FAZ, "vielen Ostdeutschen ist er trotzdem die wirksamste Arznei gegen braune Ideologie gewesen". Denn damals war er noch ein Standortvorteil, weil es Faschismus nur im Westen geben sollte und das Wohlverhalten entsprechend sanktioniert wurde. Das ist anders geworden, und daher bricht sich seit 1989/90 immer wieder Bahn, was ohnehin nie verschwunden war.

Dazu bedarf es nicht einmal unbedingt einer organisierten Neonaziszene, denn wenn es darum geht, noch den letzten Zugereisten nichtarischen Teints - ersatzweise auch "Zecken" oder "Penner" - mindestens in die Flucht zu schlagen, wird so mancher brave Bürger zum hemmungslosen Hooligan. Gut möglich also, dass der Mügelner Bürgermeister Gotthard Deuse durchaus die Wahrheit spricht, wenn er behauptet: "Ich kenne unsere Jugendlichen, da ist kein Rechtsextremer dabei." Als ob es besser wäre, wenn CDU-, SPD- oder Linksparteiwähler die Hatz betreiben respektive beklatschen. Die Rechtsradikalen, die in Ostdeutschland auf ihre "national befreiten Zonen" stolz sind und in einigen Orten längst mehr zu sagen haben als gewählte Kommunalpolitiker, setzen die Parole "Alle Gewalt geht vom Volke aus" nur besonders einsatzfreudig und konsequent um, stets jedoch mit dem entsprechenden Rückhalt. Mit Protest, der in diesem Zusammenhang nicht selten als Beweggrund ausgemacht wird, hat das übrigens nichts zu tun: Es ist schlicht eine konformistische Rebellion, die nach mehr und gnadenloserer staatlicher Härte ruft und dabei schon mal demonstriert, wie das auszusehen hat.

Rasereien der Marke Mügeln belegen regelmäßig, wie dünn hierzulande vor allem im Osten die zivilgesellschaftliche Hülle ist, die den volksgemeinschaftlichen Kern umgibt. Der autoritäre Charakter sucht sich immer wieder eine lustvolle Befriedigung in der Erniedrigung anderer; sein klägliches Leben trachtet nach einer Sinnstiftung durch die Zugehörigkeit zu kleineren und größeren Kollektiven - der Familie, dem Betrieb, dem Schützenverein, der Dorfgemeinschaft, der Nation - und durch den verbalen wie tätlichen Angriff auf alles, was nicht dazu gehört und es auch nicht soll. Wem das Leben sonst nichts zu bieten hat, der kann sich immer noch daran halten, Teil der Herrenrasse zu sein - mit den bekannten Aufgaben und Folgen. Die projektive Energie, die daraus erwächst, ist enthemmend und wirkt wie ein Elixier für den Exzess gegen das Abweichende: Nicht zuletzt deshalb setzte der Ausländer-raus-Mob in Mügeln alles daran, seinen Opfern auch noch nach deren Flucht in eine Pizzeria mit dem tragischen Namen Picobello den Garaus zu machen, und dabei attackierte er folgerichtig sogar die Staatsgewalt mit Flaschen, Gläsern und Bierbänken.

Da runde Tische, Exit-Programme, Zivilcourage-Workshops und andere sozialarbeiterische Sperenzchen offenkundig und nachweislich nichts fruchten, muss es - vor allem kurzfristig - darum gehen, spontane wie organisierte Angriffe auf Leib und Leben möglichst effektiv zu unterbinden. Ob dazu die Alliierten wieder einmarschieren müssen oder es auch von der Bundeswehr überwachte Ausgangssperren tun, wird sich weisen. Wenn schon verordneter Antifaschismus, dann so einer.

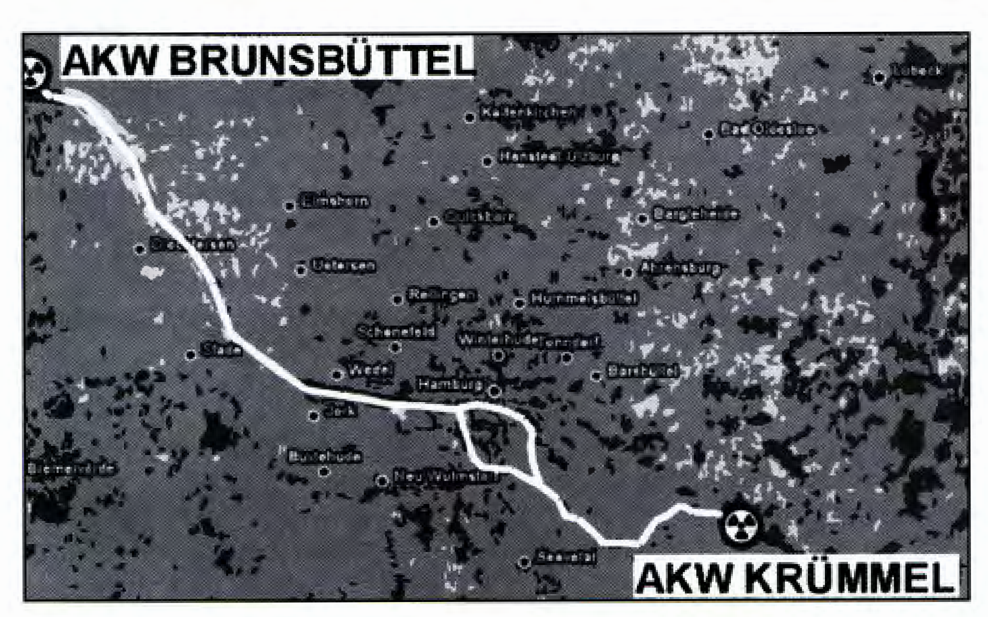


Anti-Atom

Menschliches Versagen

oder das Drehbuch eines Atomunfalls

Später werden sie sagen: "Mensch habe mit so etwas bei gesundem Menschenverstand nicht rechnen können, da dieses Ereignis so unwahrscheinlich gewesen sei, dass sowas nicht hätte passieren können. Die Anlage sei gerade erst gewartet worden, auf dem neuesten Stand der Technik sozusagen, Ursache sei letztlich - menschliches Vesagen gewesen." Doch "menschliches Versagen" hat immer eine Geschichte, und die Frage ob menschliches Versagen katastrophale Folgen haben wird entscheidet sich schon weit vor der eigentlichen Situation



Wenn durch menschliches Versagen der Kaffee auf dem Herd vergessen wird, kann es zu einem Brand kommen, der mitunter dramatische Folgen für die Küche haben kann. Menschliches Versagen in einer Atomanlage kann hingegen Folgen haben, die nicht mehr zu verantworten sind, auch nicht durch den Rücktritt diverser Vorstandsmitglieder eines Energiekonzer-nes.

Eine Stadt wie Hamburg ist im Falle eines GAUs in Brunsbüttel, Brokdorf oder Krümmel nicht mehr zu retten, nach Aussage des Senats existieren aus diesem Grund auch keine Evakuierungspläne. Der Begriff "menschliches Versagen" zielt ja letzlich darauf ab, dass der involvierte Mensch nicht so fehlerfrei gearbeitet hat wie ein technisches Bauteil, dass er/ sie sich also menschlich verhalten hat. Wenn, wie bereits in einem deutschen AKW geschehen, die Freitagsschicht eine rote Lampe geflissentlich übersieht, geht das aus der Sicht einer Arbeitnehmerin schon in Ordnung, jede will nun auch einmal Feierabend machen. Ein blinkendes rotes Lämpchen nervt einfach, und es ist nachvollziehbar, das mensch einfach das Lämpchen abklemmt, wie in Brunsbüttel vor Jahren geschehen, statt sich dem nervigen Suchen nach der Ursache zu unterziehen. Alles menschlich und kein Versagen, wenn es sich nicht um eine Atomanlage handeln würde. Und dieses ist neben Anderen einer der zentralen Kritikpunkte der Anti-Atom-Bewegung an den Atomanlagen.

Im Grunde dürften sie nicht von Menschen betrieben werden, denn Keine ist ohne Fehler, und Keine kann die Folgen verantworten. Dies ist nicht als platte Technikkritik zu verstehen, und zielt nicht auf das "gute und einfache" Leben ab, wie es sich so manche Wellnesspropheten vorstellen, sondern darauf, Technik unter dem Primat des menschlichen zu betrachten, und nicht umgekehrt. Das dies aber immer noch gängige Praxis ist, lässt sich letztlich darauf zurück führen, das sowohl die eingesetzte Technik, als auch die beteiligten Personen im AKW Krümmel unter dem Interesse des Kapitals, in diesem Falle der Firma Vattenfall, subsumiert werden. Oder anders formuliert, eine Stromproduktion die an den Bedürfnissen bzw. möglichen Minderleistungen der eingesetzten Personen orientiert ist, lohnt sich nicht.
Das es jenseits des Profits auch andere Gründe gibt an den Betrieb von Atomanlagen zu "Glauben", zeigen die Anlagen in der ehemaligen Sowjetunion. Doch dieses Feld sollte an einer anderen Stelle beackert werden.

Zurück zum menschlichen Versagen in norddeutschen Atomanlagen am 28.6.07. Gegen 13°° kommt es bei Schweißarbeiten im AKW Brunsbüttel zu einem Kurzschluss, der Reaktor wird vom Netz getrennt. Der bis zu diesem Zeitpunkt von Brunsbüttel abgefragte Strom muss nun über das Netz von anderen Stromerzeugern abgefragt werden. Dies dürfte eigentlich kein Problem sein, kommt es doch nicht selten zu einem solchen Vorfall in Brunsbüttel, alle Beteiligten sollten wissen was zu tun ist. Zwei Stunden lang scheint es keine Probleme zu geben, andere Kraftwerke erzeugen einfach mehr Strom. Gegen 15°° brennt jedoch einer von zwei Trafos am AKW Krümmel durch. Zunächst ein klarer Fall von technischem Versagen. Wie sich später herausstellt, befand sich der Trafo mit seinem Alter von 23 Jahren am Ende seiner technischen Lebenszeit, die für Trafos zwischen 20 und 25 Jahren liegt. Im Übrigen ein Wiederspruch zur Behauptung der Betreiber, ihre AKW´s wären rundum erneuert, und auf dem letzten Stand von Forschung und Technik. Zum menschlichen Versagen wird der Trafobrand aber vor allem, da die Leisung des AKW Krümmel in den letzten Jahren durch neue Turbinen um rund 5%

Aktion und Termine

1.8.2007 Gegen Krümmel
Knapp 200 Menschen demonstrieren in Hannover-Linden gegen Kruemmel, Brunsbuettel und alle anderen Atomanlagen. Vom Küchengartenplatz aus zogen knapp 200 Menschen lautstark und fröhlich durch Hannover-Linden.

10.8. 2007 Kletteraktion
Mit einer Kletteraktion haben AktivistInnen von Robin Wood und Contratom die Anlieferung des Ersatztrafos für das havarierte AKW Krümmel für mehr als zwölf Stunden blockiert, als sich fünf KletterInnen von der Autobrücke über der Einfahrt zur Schleusenkammer in Geesthacht abseilten. Das Schiff mit dem Tieflader samt Trafo war zur gleichen Zeit dort angekommen, konnte die Schleuse jedoch nicht passieren und legte erst einmal an. Andere Binnenschiffe ließen die KletterInnen hingegen durchfahren. Am folgenden Tag blockierten etwa 40 AtomkraftgegnerInnen zeitweilig den Strassentransport des Trafos nach Krümmel.

15. 9. 2007 Demo
Nein zum Kohlekraftwerk in Moorburg und anderswo. Beginn 15.00 Uhr: Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung, Stadthausbrücke 8
Normalbetrieb

17.7.2007 Störfälle
Nach einem schweren Erdbeben in Japan sind im Atomkraftwerk Kashiwazaki insgesamt 50 Störfälle registriert worden. Zu den Problemen gehörten unter anderem Brände, der Austritt von Wasser und Öl und zerstörte Ausrüstung, wie die Betreiberfirma am Dienstag mitteilte. Zurzeit seien zwei Fälle bekannt, in denen Radioaktivität freigesetzt wurde.

16.8.2007 Durchsuchung
Die Polizei durchsuchte am 16. August die Wohnung eines Bonner Atomkraftgegners und beschlagnahmte seine EDV-Ausstattung. Das Mitglied der Anti-Atom-Gruppe Bonn sei verdächtig, öffentlich zu Straftaten aufgefordert zu haben, heißt es in dem Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Bonn. Die Atomkraftgegner hatten im Juni auf ihrer Internetseite antiatombonn.de angekündigt, an den Blockaden des Bündnisses "Block G8" gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm teilzunehmen.
Quelle: junge welt

24.8.07 Stillstand
Die Schäden an dem havarierten Generator des schwedischen Atomreaktors Ringhals 3 sind offenbar wesentlich umfassender, als vom Betreiber Vattenfall zunächst zugestanden. Nachdem als Ursache des Brandalarms vom Montag erst nur von einer "Verpuffung" (Explosion) die Rede war, geht der Konzern mittlerweile von einer Reparaturzeit von zwei Monaten aus. Nach einer ersten Inspektion sei festgestellt worden, dass die Schäden an dem erst einige Tage zuvor in Betrieb genommenen Generator "ziemlich umfassend" seien. Jeder Tag Stillstand des Reaktors kostet Vattenfall rund eine halbe Million Euro.

(rund 70 MW!) erhöht wurde. Hinzu kommen zahlreiche Schnellabschaltungen die für einen Trafo extrem Ereignisse darstellen. Einen derart maroden Trafo nicht auszutauschen ist entweder Nachlässigkeit oder betriebswirtschaftliches Kalkül. Vieles spricht bei Vattenfall für Letzteres ohne das es dadurch besser würde. Es zeigt jedoch auf, dass hier das "menschliche Versagen" System hat.

Nach dem Brand im Trafo scheint es im Leitstand des AKW zu tumultartigen Szenen gekommen zu sein. Wo sonst nur vier Personen arbeiten tummelten sich zeitweise zwischen zwanzig und dreißig Menschen. Im besten Falle war dies eine Betriebsfeier, es ist aber davon auszugehen, das sich Panik breit machte, und sich alle dort sammelten wo der Anlagenleiter zu finden war. Die an sich sinnvolle Überlegung, dass der Leitstand im Falle eines Problems im Kraftwerk seine Luft von außen beziehen sollte, und nicht aus dem möglicherweise kontaminierten Reaktorinneren, führte am 28.6. dazu das von Außen der dichte Qualm des Trafobrandes (mehrere dutzend Tonnen Hydrauliköl standen in Flammen) durch die Belüftung in den Leitstand geblasen wurde. Damit hätte ja niemand rechnen können wird es später heißen. Die ersten Personen ziehen nun ihre Gasmasken auf, um besser Atmen zu können. Hektisch tauschen sich die leitenden Ingenieure darüber aus, was nun zu tun sei. Die laute Überlegung ob nicht eine Schnellabschaltung das Mittel der Wahl sei wird vom Reaktorfahrer hinter seiner Gasmaske als Anweisung verstanden - menschliches Versagen wie später alle Veantwortlichen betonen. Der Reaktorfahrer führt eine Schnellabschaltung aus, in deren Zuge sinkt der Pegelstand des Kühlwassers über den Brennelementen um mehr als zwei Meter, von 14 auf 12 Metern ab. Die Szene erinnert an die dramatische Situation im Vattenfall Reaktor Forsmark, in dem es im vergangenen Jahr erst nach mehr als zwanzig Minuten, und noch geringerem Kühlwasserstand, gelang die kritische Situation zu meistern. Damals durch einen Ingenieur der aus einem anderen Reaktorblock herbeieilte und einen Notstromdiesel von Hand startete.
Als Reaktion auf den "Störfall" von Krümmel kündigte Vattenfall an, das in Zukunft die Anweisungen des leitenden Ingenieurs von seinen MitarbeiterInnen wiederholt werden müssen, damit solche Dinge wie irrtümliche Schnellabschaltungen nicht wieder geschehen können. Eine wohlfeile Idee, nur hätte der Reaktorfahrer am 28.6. mit aufgesetzter Gasmaske wohl kaum die neue Dienstanweisung umsetzen können.

In der Internationalen Skala von Störfällen rangiert der tagelange Trafobrand von Krümmel in der Kategorie 0 und wurde von Vattenfall unter Kategorie "N" wie normal an das zuständige Ministerium weitergegleitet. Daran ist auch nichts auszusetzen, denn solche Störfälle gehören zum "Normalbetrieb" von Atomanlagen, und angesichts der beim Uranabbau freigesetzten Radioaktivität, oder der Strahlung, die bei der "Wiederaufarbeitung" von Atommüll in LaHague und Sellafield anfällt scheint der Brand von Krümmel wirklich unbedeutend. Und gerdae weil dies so ist, weil es sich in Krümmel um atompolitische Peanuts handelt, sollten alle Atomalagen sofort vom Netz.

Das Aktuell bereits vier alte Reaktoren aufgrund von Störfällen länger vom Netz sind (Brundbüttel, Krümmel, Biblis A+B) könnte ein Anfang sein, sie wieder ans Netz zu lassen wäre "menschliches Versagen".

Trotz repressiver Durchführung der Exmatrikulation

Studiengebührenboykott an der Hochschule für Bildende Künste geht voran!

BOYKOTT

Für Bildung

Am Montag den 16.07.07 wurden die Exmatrikulationsbescheide an die zahlungsverweigernden Studierenden der HfbK versendet. Der Präsident der Hochschule, Martin Köttering, folgte der Aufforderung, seinen rechtlichen Spielraum auszunutzen nicht. Dazu hätte es mehrere Möglichkeiten gegeben.

Zum einen ist die Exmatrikulation nach Auffassung des Anwaltes der Studierenden zumindest zum jetzigen Zeitpunkt rechtswidrig und zum anderen hätte er, wäre er dieser Rechtsauffassung gefolgt, nämlich dass nur zu exmatrikulieren ist, wer bis zur Rückmeldefrist, das heißt bis zum 15.10.07 fällige Beträge nicht gezahlt hat,
die Rückmeldefrist für das Wintersemester beliebig nach hinten verschieben können. Ebenso hätte er die Exmatrikulationen auf Grund bestimmter Paragraphen ganz unterlassen können. So kann von einer Exmatrikulation abgesehen werden, wenn die Hochschule noch Rechtsansprüche an die betreffenden Studierenden hat.

Die Zahlungsverweigerer der HfbK lassen sich davon nicht beeindrucken. Es wird weiter boykottiert. Gegen die rechtswidrigen Exmatrikulationen wird Widerspruch eingelegt und im Zweifelsfall geklagt.

Zudem ist eine Selbstverwaltete Sommerakademie an der HfbK geplant,
zu der alle Interessierten eingeladen sind. Diese wird sich kritisch mit gesellschaftsrelevanten Themen, insbesondere jedoch mit der derzeitigen Deformierung der Hochschullandschaft beschäftigen. Die Studierenden fordern ein Selbstbestimmtes unentgeltliches, vom Staat finanziertes Studium und eine bessere Förderung finanziell schwacher und bildungsferner Schichten, die dazu dienen soll, dass jede/r gleiche Chancen Hat ein Studium zu beginnen und nach Wunsch auch abzuschließen.
Daher fordern sie die Rücknahme der Exmatrikulationsbescheide durch die HfbK!
Und Im Besonderem die sofortige Abschaffung des Studiengebührenfinanzierungsgesetzes in Hamburg und die Verankerung des Verbotes von Studiengebühren im Grundgesetz bundesweit! Außerdem die Abschaffung von Bacholor und Masterstudiengängen, da diese einzig und allein der Heranzüchtung von arbeitssamen, dem System gegenüber unkritischen Personen dienen.
Zudem die sofortige Auflösung des Vertrages zur Fusion zwischen HfbK und Hamburg Media School, da letztere durch ihre public privat partnership - Finanzierung von einer staatlichen Hochschule, die staatlich bleiben soll, zu trennen ist!

Studierende der Hfbk

"Die einfachste surrealistische Handlung besteht darin, mit Revolvern in den Fäusten auf die Straße zu gehen und blindlings so viel wie möglich in die Menge zu schießen. Wer nicht einmal im Leben Lust gehabt hat, auf diese Weise mit dem derzeit bestehendem elenden Prinzip der Erniedrigung und Verdummung aufzuräumen - der gehört eindeutig selbst in diese Menge und hat den Wanst ständig in Schusshöhe."
André Breton

Spendenkonto für die Boykottkampagne und Prozesskostenhilfe:

Kontoinhaber:
"Verein zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der HfbK-Hamburg e.V."

KontoNr.: 2020900400
GLS Gemeinschaftsbank eG
Bankleitzahl: 430 609 67

Pressemitteilung

Studierende der TAH Hamburg!

Am 12.7.2007 beschlossen die Studierenden der TAH an der HfMT mehrheitlich, den Boykott der Studiengebühren für das Sommersemester 2007 nicht weiterzuführen. Die Einzahlung erfolgt unter Protest.

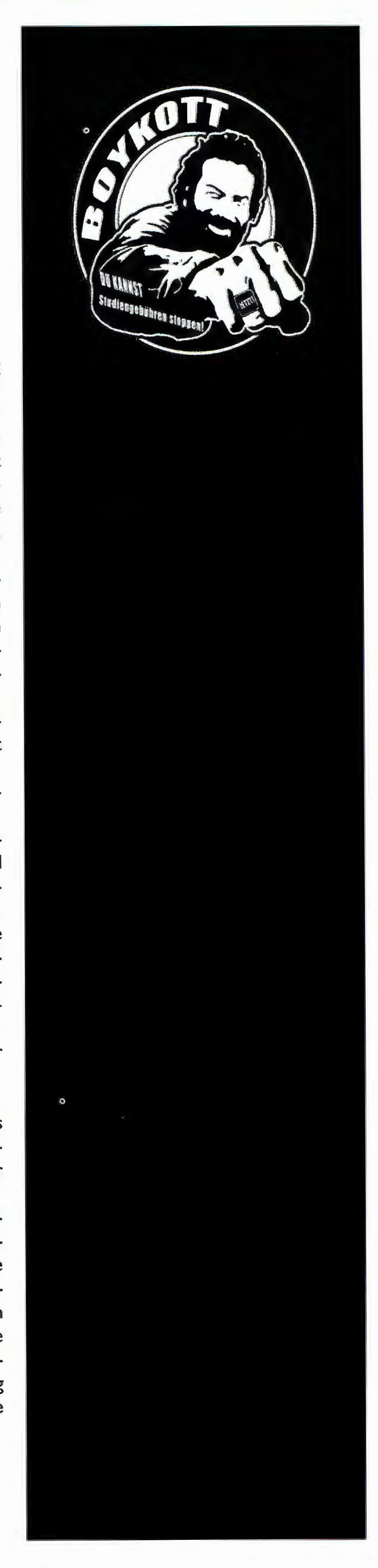
Die vorangegangenen Gespräche mit Präsidium und Rechtsabteilung der Hochschule ließen keine Zweifel daran, dass alle Nichtzahler zum 16.7.2007 unwiderruflich exmatrikuliert würden. Nach Meinung der Hochschule müssten sich alle exmatrikulierten Studierenden, um wieder immatrikuliert zu werden erneute einem Aufnahmeverfahren unterziehen und ihr Studium um mindestens ein Jahr unterbrechen. Außerdem wäre durch die Umstellung auf Bachelor/Master ein Studium mit dem Ziel Diplom nicht mehr möglich. Des Weiteren würden die somit als Studienabbrecher geltenden Nichtzahler beim Aufnahmeverfahren gegenüber Neubewerbern hintenangestellt und wären nicht mehr darlehensberechtigt aufgrund der Zweitstudiumsregelung.

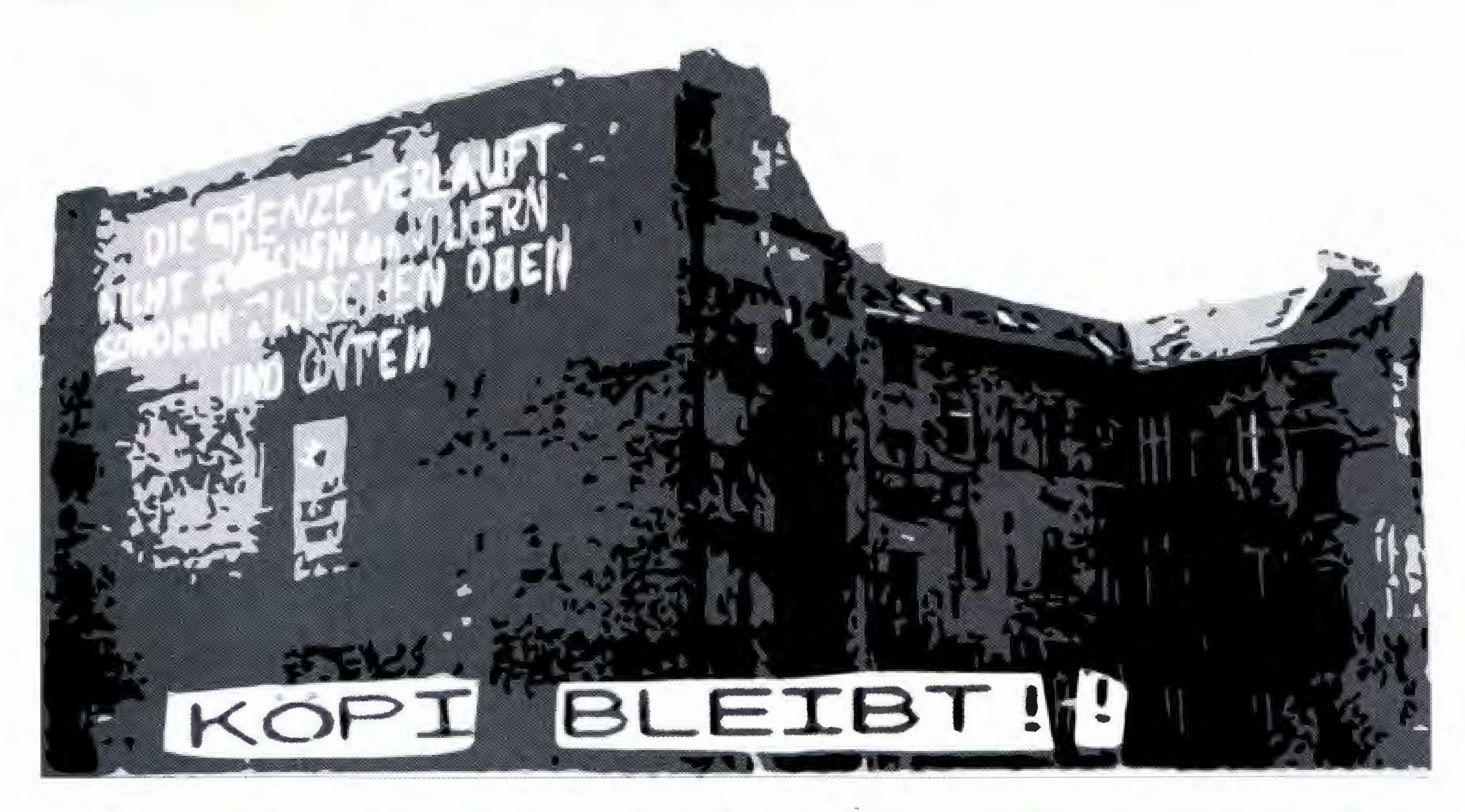
In der Durchführung der Exmatrikulationen sah sich die Leitung der HfMT nicht in der Lage durch Ausnutzung von Freiräumen den Studierenden entgegenzukommen, obwohl dies ein ausdrücklicher Wunsch des Präsidiums sei. Hierbei muss die Frage erlaubt sein, wieso an anderen Hochschulen Hamburgs eben solche Freiräume ausgeschöpft werden konnten. So liegt die Bemessungsgrenze des monatlichen Studentischen Einkommens für Stundungsanträge etwa 200 Euro niedriger als an der Universität und Studierende der HfBK haben bis Mitte September Zeit, ihre Studiengebühren zu entrichten, ohne Konsequenzen für ihr weiteres Studium zu befürchten.Warum ausgerechnet Die HfMT diesen harten Kurs einschlägt, obwohl die Leitung im Kontakt zu den anderen Hochschulpräsidien steht, ist uns ein Rätsel.

Im Zuge der Exmatrikulationsandrohungen kam es von Seiten der Hochschulverwaltung verschiedene sich zum Teil widersprechende offizielle Informationen bezüglich "Semesterende" und Exmatrikulationszeitpunkt, die die Studierenden verwirrten.
Teilnehmer am hochschuleigenen Stipendienprogramm "stipvisite", das über Pilotprojekte dieses Semester angelaufen ist und das Studierenden über ein Förderbetrag von 500,- für soziales Engagement die Entrichtung der Studiengebühren für das Sommersemester 2007 ermöglichen sollte, haben ihr Geld bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erhalten, obwohl die für das Stipendium zu erbringenden Leistungen teilweise schon vor Monaten nachgewiesen wurden.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt die Studierendenschaft der TAH ihren politischen Widerstand gegen die Studiengebühren und kündigt weitere Aktionen und die Ausweitung des Protests für das nächste Semester an.
Es hat sich gezeigt, dass durch das Engagement der Studierenden Positives erreicht wurde:
Es wurden über 500 Solidaritätsbekundungen unterzeichnet.
Das anfänglich zurückhaltende Studentenparlament der Hochschule für Musik und Theater solidarisiert sich mit den Studierenden der TAH.
Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde durch ein breite positives Presseecho geweckt und die Sensibilisierung für das Thema Studiengebühren wurde vorangetrieben.
Auch innerhalb der Dozentenschaft der TAH findet ein Umdenken statt.

Somit ist, auch durch die Gründung des "Vereins zur Förderung eines gebührenfreien Studiums an der HfMT" die Basis für weitere politische Arbeit geschaffen.
Darüber hinaus solidarisieren sich die Studierenden der TAH mit allen gegen Studiengebühren Kämpfenden, insbesondere mit den Studierenden der HfBK. Die Vernetzung mit den anderen Hochschulen wird ausgebaut, um dem Thema allgemeine Studiengebühren eine hohe Priorität im politischen Diskurs der Hansestadt Hamburg zu erhalten, vor allem im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl im Februar 2007.





Risikokapital!

Das Haus auf der Köpenickerstraße137 ist eine der letzten Hochburgen der Berliner Hausbesetzungen der 90er Jahre und wurde von der Boulevardpresse liebevoll "die Chaosfestung" getauft. Die Köpi bietet Wohn- und Lebensraum für derzeit etwa 60 Menschen, einschließlich ihrer Kinder. Dazu kommen weitere Bewohner, die den Hof und den Garten für Hein Leben im Bauwagen vorziehen. Das ehemalige Postgelände auf dem Nachbargrundstück wird seit Jahren ebenfalls als Wagenplatz genutzt.

Die Köpi versteht sich als selbstverwaltetes, unkommerzielles Kulturzentrum und bietet seit 1994, mit den ehemaligen Sporträumen im Erdgeschoss, zahlreichen Menschen die Möglichkeit, sich zu unkommerziellen Veranstaltungen zu treffen, an der vegetarischen Volksküche, dem kostenlosen Kino, Konzerten, Selbstverteidigungskurs, Disko und Soliveranstaltungen teilzunehmen.
Des weiteren wurden in der Köpi ein Videoarchiv, eine Werkstatt, die Cocktailbar und der Kneipenbetrieb auf Selbstkostenbasis eingerichtet.
Sowohl der Hof, als auch der Garten der Köpi können zum Lagerfeuer machen, Streetball spielen und draußen sitzen genutzt werden. Da die Zahl der veranstalteten Konzerte die 1000er Marke inzwischen erreicht haben dürfte, zählt die Köpi zu den bekanntesten Veranstaltungsorten der Welt. Ähnlich wie die Rote Flora in Hamburg, das EKH in Wien, der Blitz in Oslo oder dem leider geräumten Ungdomshuset in Kopenhagen.
Wer die Köpi kennt, weiß, dass viel Geld und Arbeit notwendig waren und weiterhin notwendig sind, um Wohnungen, Garten, Verwaltungsräume usw. in benutzbarem Zustand zu halten.
Es wurden umfangreiche Dacharbeiten durchgeführt, sowie das gesamte Ab- und Frischwassersystem erneuert. Durch die Instandsetzungsarbeiten können die Räume im Keller für Technopartys genutzt werden.
In den letzten 17 Jahren gab es nie Geld vom Besitzer, dem Vermieter, Sponsoren oder vom Staat. DAS SOLL AUCH SO BLEIBEN!
Und hier die Chronologie der Köpi
Nach der Deutsch-Deutschen Grenzöffnung war das Interesse Westdeutscher Hausbesetzer an dem Baufälligen Haus geweckt, das sich direkt an der Grenze zu Kreuzberg befindet. So ergaben sich die ersten, anfangs wohl etwas unterkühlten Kontakte zwischen Ost- und Westberliner Hausbesetzern. Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde das Haus in der Köpenikkerstraße 137 im Bezirk Mitte aber doch eingenommen, welches eigentlich, nach dem Willen der Hauverwaltung KWV, abgerissen werden sollte. Anfangs schienen die Berührungsängste mit den, in erster Linie "Westlichen" BewohnerInnen ein größeres Problem darzustellen, als mit der KWV und der Ostpolizei fertig zu werden. Doch nach den ersten Konzerten, Parties, Soliveranstaltungen und Volksküche, schien das Eis gebrochen und im Ostteil der Stadt wurden mehr und mehr der inzwischen entmieteten Häuser besetzt. Nachdem der wiedervereinigte Senat mit der Räumung der Mainzer Straße der riesigen Welle von Hausbesetzungen Einhalt gebieten wollte, und über allen Häusern plötzlich die Räumungsdrohung hing, wurde für den "Bezirk Mitte" ein runder Tisch eingerichtet, der nach friedlichen Lösungen für die Häuser

suchte. Im Sommer 1991 konnte mit der Hausverwaltung KWV, die inzwischen WMB hieß, ein Vertrag für alle gemeinschaftlich/gewerblich genutzten Räume der Köpi ausgehandelt werden. Dieser beinhaltet die bauliche Selbsthilfe und Einzelmietverträge. 1993 wurden die Verträge auf die GSE, die Gemeinschaft für Stadtentwicklung, umgeschrieben. Am 1. Oktober 1995 wurden alle Verwaltungsangelegenheiten der Köpi von der Hausverwaltung "Peterson und Partner KG" übernommen. Genau ein Jahr später kam die völlig überraschende, fristlose Kündigung aller Mietverträge und die Aufforderung, das Haus innerhalb einer Woche zu verlassen. Da natürlich weder der ersten, noch der im November folgenden zweiten Aufforderung nachgekommen wurde, reichte die Hausverwaltung im Dezember 1996 die Räumungsklage beim Amtsgericht Tempelhof ein, das sich aber erst einmal als nicht zuständig erklärte und die Klage abwies. Hintergrund der Kündigung waren die Pläne von Peterson und Partner, sich dem, durch die Hauptstadtentscheidung entstandenen, Spekulationsboom anzuschließen und das Haus einer Luxusmodernisierung zu unterziehen und Platz für Geschäftsräume der Hausverwaltung zu schaffen.
Darüber wollte man chice Eigentumswohnungen entstehen und den Garten ebenfalls einem Bürokomplex mit den dazu gehörigen Wohnungen und Tiefgarage weichen lassen.
Die Baugenehmigung war vom Bezirk bereits erteilt. Glücklicherweise kam es nicht zur Umsetzung des Bauvorhabens, denn Peterson und seine Partner mussten vielen anderen größenwahnsinnigen Unternehmerkollegen in den Konkurs folgen. Nachdem alle Versteigerungsversuche fehl schlugen und sich kein Geld aus der Spekulation mit der Köpi holen ließ, leiteten Petersons Gläubiger ein Zwangsversteigerungsverfahren am Amtsgericht Mitte ein. Das Amtsgericht versuchte seit 1999 vier mal, die Köpi zwang zu versteigern und damit wenigsten einen Teil der 5Mio D-Mark Schulden einzutreiben. Hauptgläubiger ist die Commerzbank, mit über 2Mio DM. Alle Versteigerungsversuche sind, nicht zuletzt wegen Protest- und Soliaktionen in ganz Europa, kläglich gescheitert. Dazu kamen mehrere große Demos, Kundgebungen und Aktionen in Commerzbankfilialen. Im Laufe der Jahre hatte die Commerzbank die Lust verloren, die Kostspielige Hausverwaltung der Köpi weiterzuführen. Und so wurde sie wieder an die insolventen Peterson und Partner KG übergeben. Diese versuchten zwar noch einmal, über einen Generalbevollmächtigten,
Kaufinteressenten ins Haus zu schicken, doch nach einem kurzen Gespräch mit den Bewohnern zogen diese wieder von dannen. Im Januar 2007 vereinbarte die Commerzbank mit dem Amtsgericht Mitte den Versteigerungstermin des Grundstücks Köpenickerstraße 137/138. Da es bereits Gespräche mit den potentiellen Käufern gab, wurden auch die Gläubiger der Grundstücke Köpenickerstraße 133-136 (auf dem sich der Wagenplatzl befindet) hinzu gezogen und, mehr oder weniger heimlich, ein gemeinsamer Termin für alle Versteigerungen fest gelegt. Dass von vorne herein klar war, wer ersteigern wird und zu welchen Preis, zeigt, dass es von Anfang an ein abgekartetes Spiel war. Doch so konnte ein, für Immobilienspekulanten lukratives, zusammenhängendes Grundstück von mehreren tausend Quadratmetern entstehen.
Das Amtsgericht machte sich nicht einmal die Mühe, das Grundstück, wie üblich, auf ihrer Webseite zum Verkauf anzubieten. Trotz aller Versuche, die Auktion mit einer kurzfristig organisierten Demo noch irgendwie zu verhindern, kommt es zum Verkauf. Der Preis: 1,6Mio Euro. Das ist etwas mehr als die Hälfte des vom Gerichtsgutachter errechneten Werts. Der offizielle Käufer heißt Besnik Fichter, seine Immobilienfirma ist eine so genannte Vorratsgesellschaft, deren Zweck es ist, ihren Kunden sofortige Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, ohne das diese selbst eine Firma oder Gesellschaft gründen müssen. Nach aufwändiger Recherche der Köpi BewohnerInnen stellte sich heraus, dass sich hinter dem Käufer und seiner Firma eigentlich ein Unternehmen namens "Plutonium 114" (ehemals "Vitalis Altbauten GmbH") steckt dessen Geschäftsführer Besnik Fichter ist. Die "Vitalis Altbauten GmbH", die erst kurz vor der Versteigerung in "Plutonium 114" umbenannt wurde, untersteht der Immobilienhai-Familie Nehls. Gründerin und Gesellschafterin, ist Renate Nehls. Geschäftsführer der "Vitalis" war ihr Sohn Siegfried. Sowohl die "Vitalis", als auch "Plutonium" sind lediglich Briefkastenfirmen. Dieser ganze Affentanz wurde nur inszeniert, um von dem wahren Käufer, Siegfried Nehls, abzulenken. Siegfried Nehls ist, genau wie sein Bruder Thorsten, als skrupelloser Geschäftsmann bekannt. Angeblich soll er auch mit der Post über das hinter der Köpi liegende Areal verhandeln. Als einige der BewohnerInnen mit ihren Unterstützern der Familie Nehls im Mai 2007 einen Hausbesuch abstatten, um mit Renate Nehls die Besitzansprüche der Köpi zu klären, werden sie von ihrem Ehemann herein gebeten. Inzwischen verständigt der Sohn, Thorsten Nehls die Polizei und lässt die Besucher fest nehmen, Siegfried Nehls ist in ein ganzes Netzwerk von Immobilienfirmen verstrickt (z.B. Sanus AG) und agiert mal als Geschäftsführer, mal als Vorstand, oder im Aufsichtsrat. Seine Vorgehensweise sieht meist so aus, dass er bei einer so genannten Vorratsgesellschaft ohne großen Aufwand eine KG kauft. Die Vorratsgesellschaft saniert für ihn das Objekt das dann in die Verwaltung der "Sana Verwaltung" geht. Geleitet wird diese von einer Larissa Nehls. Nach Fertigstellung des Hauses werden die Wohnungen einzeln als Eigentumswohnungen veräußert. Bekannt ist, dass es bei den Bauarbeiten oft zu Schwierigkeiten kommt, dass noch vorhandene Mieter schikaniert und zur Aufgabe ihrer Wohnungen genötigt werden.

Die gesamte Handlungsweise des Firmengeflechts um die Familie Nehls lässt darauf schließen, dass Verstrickungen zu viel größeren Immobilienfirmen bestehen. Zum Beispiel weisen Spuren auf eine Beteiligung der "Greta AG" hin, die im Verdacht steht, Kursmanipulationen durchgeführt zu haben, um einen besseren Wert ihrer Aktien zu erzielen. Renate Nehls sitzt in den Aufsichtsräten verschiedener Firmen, in denen Aufsichtsrat und Vorstand in aller Ruhe "Bäumchen-wechsel-dich" spielen, ohne wirtschaftliche Folgen zu erzielen. Inzwischen ist die Staatsanwaltschaft auf die Machenschaften der verschiedenen Firmen um Siegfried Nehls aufmerksam geworden und durchsuchte im Juni diesen Jahres insgesamt 25 Büros, davon 16 in Berlin. Der Vorwurf lautet Betrug. Die Razzia ist Teil eines Ermittlungsverfahrens gegen Siegfried Nehls. Er wurde vom LKA auch zu Hause besucht. Laut dem Justizsprecher wurden 25 Umzugskartons mit Beweismaterial beschlagnahmt, die nun ausgewertet werden müssen. Aber wie es aussieht, hat Nehls systematisch seine Geschäftspartner betrogen und bei seinen Bauvorhaben Geld auf die Seite gewirtschaftet. Außerdem wurden Strohmänner als Bauträger eingesetzt, die kleinere Handwerksfirmen als Subunternehmer beauftragten. Nach Abschluss der Sanierungen meldeten die Bauträger Konkurs an und ließen die Handwerker auf ihren Rechnungen sitzen. Auch die Wohn- und Geschäftsräume des offiziellen Köpi Käufers Besnik Fichter wurden durchsucht. Dieser kündigte ungeachtet des laufenden Ermittlungsverfahrens an, auf dem Köpigelände Luxushäuser entstehen zu lassen mit "Liegeplätzen für Boote". Offenbar will Fichter noch einen Kanal zur Spree graben lassen. Denn wo auf dem Gelände Boote anlegen könnten, dürfte jedem, der einen Stadtplan lesen kann, schleierhaft sein. Doch leider gibt es auch schon wieder neue Pläne im Zusammenhang mit dem großkotzigen "Media-Spree-Projekt". Der

Umbau des Spreeareals ist bereits im vollen Gange und schon bis auf das, der Köpi gegenüberliegende Gelände vorgedrungen. Die BewohnerInnen dürfen nach Fichters Ansicht noch einige Zeit bleiben, aber "irgendwann müssen alle raus". Die bestehenden Mietverträge verhindern zwar, dass die BewohnerInnen über Nacht an die Luft gesetzt werden können. Aber man kann davon ausgehen, dass es weitere Versuche geben wird, die Köpi der Kapitalistischen Maschinerie zu unterwerfen.
Obwohl im Augenblick zwar keine akute Räumungsgefahr besteht, wurde für die Finanzierung der anstehenden Kämpfe (juristische und andere) ein Konto eingerichtet: SKI e.V., BLZ: 10010010 (Postbank Berlin), Kto.Nr.: 671802102

Unity means Power
Köpi bleibt Risikokapital!!

Hintergründe eines Nazianschlages in Bern!



Militante Naziaktivitäten in der Schweiz

Am 4. August 2007 wurde das Antifa Festival in der Grossen Halle der Reitschule, Berns Autonomen Zentrum, mit einer Brandbombe angegriffen. Wäre die Bombe nicht kurz zuvor in der Menge entdeckt und ins Freie geschafft worden, wo sie kurze Zeit später zündete, hätte es wohl Schwerverletzte und Tote gegeben.

Die Autonome Szene reagierte eine Woche später mit einer antifaschistischen Demonstration auf den Mordanschlag. Die schweizer Medien hingegen verharmlosen die Naziaktivitäten in Bern und Umgebung seit Jahren.

Die faschistische Hochburg der schweizer Naziszene ist der Kanton Aargau an der Grenze zu Deutschland. Am 15. August wurde aufgedeckt, dass Roland Wagner, Nationalratskandidat der Schweizer Demokraten, am 10. August 2007 im Schützenhaus Weidli bei Oberhof ein Schießtraining für Timo Völkel und Daniela Übelacker, zwei führende deutsche Nazis aus dem Rhein-Main-Gebiet, organisiert hat.
Von Bedeutung für die ganze Schweiz sind die Naziaktiviäten an jedem 1. August am Rütli im Kanton Uri bei Luzern am Vierwaldstätter See. Die Naziaktivitäten zum schweizer Nationalfeiertag werden maßgeblich von der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) organisiert. Deren Mediensprecher Mario Friso war früher Antifaschist, wechselte dann aber die Seiten und ist mittlerweile Vorsitzender der PNOS Sektion Oberland. Im Berner Oberland im Kanton Bern gibt es immer wieder militante Naziaktivitäten wie den Mord am Thunersee und die Schüsse auf Linke in Thun. Aber es gibt auch starke autonome Strukturen in der Region, die 2007 mit einer Antifa Kampagne dem faschistischen Treiben begegneten.
In Bern wurde mehrere Male ein antifaschistischer Stadtrundgang organisiert, von dessen Stationen wir den Hauptbahnhof und das Solterpolter näher beschreiben.
Wenige Tage vor dem Brandanschlag auf das Antifa Festival in Bern detonierte bei den nationalschweizer Feierlichkleiten am 1. August 2007 auf der Rütliwiese ein zeitgezündeter Sprengsatz, den Nazis dort vergraben hatten. Auch hier war es Zufall, dass keine Verletzten oder Toten zu beklagen sind, da die bürgerlich-nationale Inszenierung einige Minuten früher als geplant endete.

Antifa Kampagne

Als Reaktion auf zunehmende rassistische Tendenzen und einen fest verankerten Antisemitismus in der schweizer Gesellschaft fand vom 4. Mai bis 7. Juli 2007 eine Antifakampagne statt, um Repression gegen den antifaschistischen Widerstand zu unterlaufen und um "die Dinge in Bewegung zu bringen".
Getragen wurde die Kampagne von einem breiten Bündnis bestehend aus dem Antifa Festival, Autonome Gruppen Oberland, Augenauf Bern, Ausstellungskollektiv Brennpunkt Faschismus, Autonome Gruppe Bern, Bündnis Alle gegen Rechts, Gassenküche SIKB, Infoladen Bern, Libertäres Antifaschistisches Kollektiv Thun, Organisation Socialiste Libertaire Biel/Bienne, Repro und Soletta Antifascista.
In der Schweiz hatte jeder zehnte Jugendliche schon Probleme mit Neonazis, laut einer Studie des "gfs-Forschungsinstituts" vom März 2007 haben 28% der SchweizerInnen Vorurteile gegenüber JüdInnen und 10% sind klar antisemitisch. An der Wahlurne stimmen 70% der eidgenössischen BürgerInnen für eine fremdenfeindliche und rassistische Asyl- und AusländerInnenpolitik. Faschistische Gewalt ist an der Tagesordnung und mündete in den feigen Mordanschlag auf Antifas in Bern.
Im Rahmen der Kampagne gab es 19 Veranstaltungen in und um Bern, mit denen AktivistInnen die vom Faschimus ausgehende

Gefahr thematisierten. Mit Vorträgen, Konzerten, Filmen, einer Ausstellung, dem legendären Bürostuhlrennen, einem Fußballturnier, einem Jahrmarkt, VoKüs und einem Kasperlitheater sollten die Dinge in Bewegung gebracht werden. Die Antifa Kampagne mündete am 7. Juli in eine kraftvolle antifaschistische Demo unter dem Motto: "Die Dinge in Bewegung halten!"

Naziangriffe im Hauptbahnhof

"Geschichte ereignet sich nicht nur auf den großen Schlachtfeldern, nicht nur an internationalen Kongressen und nicht nur zeitlich wie räumlich weit entfernt. Sie findet überall statt, wo Menschen leben und wirken. So auch in Bern."

Im Juni, Juli und August 2007 wurde mit einem antifaschistischen Stadtrundgang im Rahmen der Antifa Kampagne ein Einblick in die lokale Bewegungsgeschichte vermittelt. Eine Station des Stadtrundgangs ist der Hauptbahnhof. Dort kam es zum Jahreswechsel 1999/2000 zu mehreren Naziangriffen.

Als Reaktion auf die Naziangriffe rief das Bündnis Alle gegen Rechts zum 1. Antifaschistischen Abendspaziergang am 22. Januar 2000 in Bern auf. Bereits am 23. Januar folgte der nächste Naziangriff im Hauptbahnhof. Das ganze Jahr über gab es weitere militante Naziaktivitäten, beispielsweise die Fasnachtsangriffe im März und die Angriffe auf das Solterpolter im Juli.

Schüsse aufs Solterpolter

Das Solterpolter, ein mittlerweile abgerissenes Geäude in der Marzilistraße 3 auf dem ehemaligen Soltermann-Areal im Marzili-Quartier, wurde am 26. Juni 1997 von Autonomen und Punks besetzt. Dies war die erfolgreichste Besetzung der Gruppe, welche bereits unter dem Namen "Sputnik" mehrere Häuser und Fabrikhallen besetzt, jedoch nie eine längerfristige Nutzung erreicht hatte. Der neu entstandene linksalternative Freiraum wurde schon bald über die Kantonsgrenzen bekannt und beliebt. Die zahlreichen Konzerte, der Mittagstisch, die Bar und das alljährliche Grümpelturnier zogen junge und ältere Menschen aus der ganzen Schweiz an.

Diese Beliebt- und Bekanntheit war den schweizer FaschistInnen allerdings ein großer Dorn im Auge. Mehrmals wurde das Haus Ziel von Naziangriffen. Am 29. Januar 1999 überfiel eine Gruppe von etwa 30 Nazis das Haus und verprügelte die Anwesenden. In der Nacht vom 21. August 1999 wurde mit einer Schusswaffe auf das Haus gefeuert, doch es wurde glücklicherweise niemand verletzt. Der heftigste Angriff fand jedoch am 10. Juli 2000 statt: Eine Gruppe von drei Neonazis wollte bei der Reithalle eine Schlägerei anstiften, entschloss sich aber kurzfristig, lieber zum Solterpolter zu fahren, da die Reithalle zu zentral lag. Die drei Nazis griffen das Haus mit zwei Sturmgewehren an, und feuerten fünf Magazine ab. Die Polizei zählte später 110 Einschusslöcher. Es war nur einem großem Zufall zu verdanken, dass die fünf Personen im Gebäude unverletzt blieben.

Bei der Verhaftung sagte einer der beiden Schützen, dass "Hass gegen Linke" das einzige Motiv gewesen sei. "Ja, ich war ein Skinhead, aber nur aus Spass", erklärte der 23-jährige Schütze vor Gericht unbekümmert. "Ich hatte eine Glatze und eine Bomberjacke. Springerstiefel trug ich aber nicht, die sind unbequem." Die zwei Schützen, Simon Vogt aus Ittigen und Stefan Benninger aus Bern-Bümpliz, wurden wegen versuchter Tötung für je fünf Jahre in eine Psychiatrie eingewiesen, der dritte Angeschuldigte, Reto Gasser aus Wabern, kam mit 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung glimpflich davon.

Bereits zwei Jahre zuvor gab es einen militanten Nazianschlag auf einen Squat in Zollikofen, einem nördlichen Vorort von Bern. In der Nacht auf den 9. August 1998 griffen rund 30 Nazis die besetzte Stricki an, eine ehemalige Strickwarenfabrik in der Bernerstr. 271. Sie schrieen "Sieg Heil" und "Scheiß Juden", warfen mit Flaschen und Steinen und schossen mit scharfer Munition auf das Haus. Zum Tatzeitpunkt hielten sich fünf Menschen in der Stricki auf, wie durch ein Wunder blieben alle unverletzt. Die Bullen kontrollierten die "eher rechtslastigen Jugendlichen", so der Zollikofner Gemeindepräsident Gottfried Aebi, und führten zwei der angegriffenen BewohnerInnen in Handschellen ab.

Brandbombenanschlag auf Antifa Festival

Ein Großprojekt der autonomen Szene ist das jährliche Antifa Festival. Das erste Antifascist Festival fand vom 4.-6. August 2006 in der Grossen Halle der Reitschule Bern statt. Zum Abschluss des Antifa Wochenendes wurde zu einem Antirassistischen Abendspaziergang aufgerufen. Wegen der unbequemen Erfahrungen mit den Antifaschistischen Abendspaziergängen wurde die Demo bereits im Vorfeld von der Presse diffamiert. Dennoch beteiligten sich über 1.000 AntifaschistInnen an der Demonstration.

Ein Jahr später, vom 2.-5. August 2007, wurde das 2. Antifacist Festival in Bern organisiert. Wieder kamen tausende AntifaschistInnen aus der Schweiz und dem europäischen Ausland in die Reitschule, doch dieses Mal endete das Festival beinahe in einer Katastrophe. Am 4. August wurde kurz vor Mitternacht mitten in der Menge ein nach Benzin riechender Rucksack entdeckt und vor die Grosse Halle gestellt. Dort zündete die Brandbombe kurz darauf.

Wäre die zeitgesteuerte Brandbombe neben dem Mischpult detoniert, hätte es durch den entstehenden Feuerball Tote geben können. Zudem war der Rucksack neben elektrischen Geräten abgestellt, so dass beim Löschen mit Wasser die Gefahr von Stromschläge bestanden hätte. In einem Communiqué beschreiben die OrganisatorInnen den weiteren Ablauf: "Als Reaktion auf den Brandanschlag wurde die Grosse Halle evakuiert und die weiteren Konzerte abgesagt. Dank der besonnenen Reaktion aller Beteiligten vor Ort verließen die BesucherInnen die Halle ohne Panik. Kurz darauf wurde die Feier auf dem Vorplatz der Reitschule fortgesetzt."

Nach dem Festival verfassten die OrganisatorInnen einen ZeugInnenaufruf und riefen für Samstag, den 11. August 2007, zu einer spontanen Antifademo gegen rechte Gewalt und gegen den Angriff auf das Antifa Festival auf. Zwar berichtete die "Berner Zeitung" am 6. August und später auch die linken deutschen Tageszeitungen "junge Welt" und "Neues Deutschland" ausführlich über den Anschlag, doch der Rest der Medien blieb erschreckend einsilbig. Der populistische Blick propagierte als Konsequenz gar eine Vogel-Strauß-Taltik: "Erst explodiert ein Sprengsatz auf dem Rütli und am Wochenende wird, gerade noch rechtzeitig, ein Brandsatz in der Berner Reithalle entdeckt: Soll man öffentliche

Veranstaltungen meiden?"

In der Nacht nach der Antifaschistischen Demonstration gab es in Bern Auseinandersetzungen mit den Bullen, bei denen ein Punk durch ein Gummigeschoss schwer am Auge verletzt wurde. Autonome hatten Plakatwände mit rassistischen SVP-Plakaten nahe der Reitschule abgerissen und auf die Straße geworfen. Die Bullen rückten mit zwei Kastenwägen an und feuerten mit Gummischrot und Tränengas auf die Autonomen, gasten den Vorplatz der Reitschule ein und feuerten zweimal Gaspetarden in den Innenhof des Autonomen Zentrums.

Der durch die Bullen schwerverletzte Punk wurde bereits operiert und muss eventuell noch ein weiteres Mal operiert werden. Ob das Auge irreparabel beschädigt wurde bzw. wieviel Sehkraft übrig bleibt, ist noch unklar. Die Partei der Arbeit hat im Berner Stadtparlament einen Antrag eingereicht, der den Einsatz von Gummischrot verbieten soll.

Quelle: Indymedia (gekürzte Version)

Thessaloniki:

Polizeigewalt und Widerstand

Vor wenigen Tagen wurde ein Nigerianer in Thessaloniki von zwei Polizisten ermordet, indem er auf der Flucht von einen Balkon fiel. Seitdem ist die lokale black community im Aufstand und bekommt Unterstuetzung von den lokalen AnarchistInnen und anderen. Am abend des Mordes gab es heftige und erfolgreiche Auseinandersetzungen in den Strassen aber gestern kam es zu den ersten Festnahmen.
Tony war im Stadtteil Kalamaria bekannt und verkauften dort CDs in den Strassen. Am 18. August wollten zwei Polizisten ihn kontrollieren weil es sich angeblich um illegal gebrannte CDs handelt und als Tony wegrannte und in ein Cafe fluechtete, wurde er verfolgt. Auf dem Balkon des Cafes, der nicht besonders hoch ist wurde er von den beiden Polizisten auch noch unklare Weise angegriffen oder zumindest stark bedraengt. Einige ZeugInnen sagen, er sei gestossen worden, es kann aber auch sein, dass er in Panik rueckwaerts sehr ungluecklich fiehl und mit dem Kopf zuerst aufs Pflaster fiel. Wie auch immer, die black community und die AnarchistInnen sind sich einig, dass es sich um Mord handelt, der die Brutalitaet und das wahre Gesicht der Polizei zeigt. Es geht um mehr als diesen einen Vorfall. Die Leute sind emotional stark motiviert und waerend einige eher weniger Konflikte mit den Cops haben wollen, sind andere stark an genau diesen interessiert.
Am abend des Mordes gab es eine spontane Ansammlung von etwa 200 Menschen, die mit Traenengas und Schlaegen der Polizei davon abgehalten wurden, bei dem Toten zu sein. Es wurde uns sogar gesagt, dass einige der Cops direkt neben dem Toten standen und seine Familie und FreundInnen attakierte. Daraufhin gingen auf Initiative einiger Leute aus der black community aber mit Unterstuetzung von einigen AnarchistInnen einige Scheiben zu bruch und es zogen verschiedene Gruppen durch den Stadtteil Kalamaria, der zu den reicheren Vierteln gehoert. Viele der AnwohnerInnen und PassantInnen zeigten Verstaendnis fuer die Zerstoerungen und die Emotionen und die Polizei hielt sich stark zurueck. Kurz vor den Wahlen moechte die offizielle Politik mit Sicherheit keine Eskalation an einem solchen Punkt. Es gab keine Festnahmen und waerend viele von den black people riefen "Tod Griechenland" nannten sie die unterstuetzenden AnarchistInnen ihre Brueder und Schwestern, weil sie sich klar zu ihnen positionierten.
Am Tag darauf gab es einen angekuendigten Protest, der nach einigen Auseinandersetzungen und Unklarheiten, was zu tun sei zur naechsten Polizeistation zog, um diese mit Steinen einzudecken. Die AnarchistInnen sprachen dabei davon, das es wichtig sei, den black people die Initiative zu ueberlassen, da es vor allem ihr Kampf ist und sie sie solidarisch unterstuetzen und nicht vereinnahmen wollen. Dies funktionierte auch ganz gut, auch wenn einige NGO-Menschen dort waren und die black people staendig beeinflussen wollten, dass sie doch bitte friedlich sein sollen und keine Sachen zerstoeren sollten. Die Antwort war meist "No, we want to start now and we will never forgive and we will not forget". Also ging es nach einigen Streitereien zur Bullenstation, wo bereits ein Fahrzeug mit dahinter verschanzten Cops wartete. Wie erwartet gab es dann auch wenige Minuten nach den ersten Steinen einen heftigen Traenengas-Einsatz und die Demonstration loeste sich etwas auf. Zerstoert wurde an diesem Tag relativ wenig und die black people beschlossen, bald wieder zum Ort des Mordes zurueckzukehren um dort eine Mahnwache abzuhalten.



Gestern gab es nun erneut eine Demonstration, diesmal im Zentrum der Stadt. Eine groessere Anzahl an Menschen versammelte sich, spruehte Graffities wie "No justice no peace - Fuck the police" und zog wie die Tage zuvor mit Helmen und Knueppeln los, um ihren Unmut auf die Strassen zu tragen. Diesmal waren leider mehr Cops hinter uns und einige betrunkene und unsolidarische Leute zerkloppten an unguenstigen Orten Kameras und Banken, so dass sie andere Leute gefaerdeten. Die Meinungen gehen hier gerade etwas auseinander, aber klar ist, dass es viel effektiver gewesen waere, den Clash am Ende der Demonstration zu starten, um die Polizei abhalten zu koennen, statt weiter vorne Sachen zu zerstoeren, so dass die Cops von hinten Leute verhaften koennen. Wenige hundert Meter von der sicheren Universitaet entfernt eskalierten einige Leute die Situation wieder, so dass die Cops Traenengas einsetzten und leider 19 Menschen festnehmen konnten. Diese sind noch immer in Arrest und es sieht so aus als ob einige auch noch ein paar Tage drin bleiben. Die Anzahl der Verhaftungen ist fuer lokale Verhaeltnisse relativ hoch und trotzdem bleibt eine Staerkung der Verbindung zwischen den AnarchistInnen und der black community, die ganz neue Dimensionen der Zusammenarbeit entwickeln koennte.
Es gibt relativ wenig Erfahrungen hier mit antirassistischer Selbstorganisation und einige der black community waren eher den NGOs wohlgesonnen waerend andere einfach alles kaputthauen wollten und wieder andere sich gerade stark politisieren. Und die AnarchistInnen sind daran interessiert mehr Kontakt herzustellen aber haben auch junge Leute dabei, die wenig taktisch denken und manchmal auch andere gefaehrden oder sich ignorant verhalten. Was gut funktioniert ist zum Beispiel, dass die Initiative zum Beispiel mit den Spruechen fuer die Plakate oder auf der Demo von der black community kommen und dies von vielen AnarchistInnen fuer wichtig gehalten wird und sie dann zum Beispiel plakatieren gehen oder anders solidarisch unterstuetzen.
Die Medien schreiben und berichten absoluten Mist. Sie versuchen die AnarchistInnen und black people zu spalten und berichten ueber gewalttaetige Punks die alles kaputt machen wollen.

Fight the power!
Viele Gruesse aus Thessaloniki
Quelle: Indymedia

Vermeintlich kritische Bürger schreiben an die Flora. Wir sind uns noch sicher, ob wir das peinlich oder witzig finden ...

HAMB.-ABENDBLATT

KOMMENTAR 23.05.07

Wehret den Anfängen!

Menso Heyl

Alles in mir sträubt sich, Menschen, die Gewalttaten verüben, einfach als Globalisierungsgegner zu bezeichnen. Das täte allen unrecht, die das legitime Recht in Anspruch nehmen, ihren politischen Standpunkt zu vertreten.

Diejenigen, die Brandanschläge verüben, sind für mich etwas anderes: Verbrecher. Daraus ergibt sich, dass es nach der Serie von Anschlägen im Vorfeld des G-8-Gipfels endlich an der Zeit wäre, diese klare Differenzierung und Distanzierung auch aus dem Lager der Globalisierungsgegner zu hören.

Es sieht so aus, als ob die politische Kultur in unserem Land wieder gefährliche Erosionserscheinungen zeigt. Denn was Gruppen von Radikalen seit Längerem tun, ist nichts anderes als ein Angriff auf den privaten und persönlichsten Bereich von Menschen, die ihnen politisch unliebsam sind.

Wer nun mit dem Recht auf Widerstand kommt oder mit der Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen, hat nicht verstanden, dass beides aus antidemokratischem Bewusstsein stammt.

Am Ende führt das eine leicht zum anderen. Dieses Land hat das schon einmal erlebt. Alle müssten daraus gelernt haben.

Schon nach dem Brandanschlag auf den Hamburger SPD-Politiker Thomas Mirow hat das Abendblatt an dieser Stelle vehement auf die Gefahren hingewiesen. Nachdem es nun auch meinen Kollegen Kai Diekmann betroffen hat, wird mir die Gefähr-

IHR ARROGANTEN ARSCHLÖCHER!

DIESES GEHABE ERINNERT MICH VERDAMMT AN DIE NAZI-ZEIT!!

MIT BESTER EMPFEHLUNG

EIN HAMBURGER RENTNER!!

DEM TEXT IST NICHTS HINZUZUFÜGEN. SO DÜRFTE DIE MEHRZAHL DER HAMBURGER DENKEN!

Bewohner „Rote Flora"

Schulterblatt —

7 Hamburg



Anschlag auf Hamburger Luxushotel



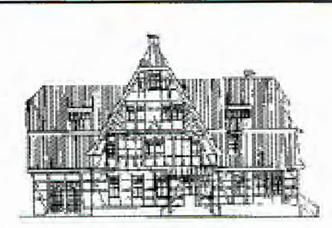
Unser Zeichen | Datum 15. Mai 07 | **Kurzbrief**

Thema: „Geschmeiß" ist Vogelscheiße, Ihr also!

[X] Erledigung [ ] Rücksprache [X] Verbleib [X] Kenntnisnahme [X] Weitergabe [ ] Stellungnahme

Sie erhalten: [X] Anlagen [ ] wie gewünscht

Hallo, Ihr skandiert: „BRD-Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!" Warum verpisst Ihr Euch denn nicht endlich ins geliebte Land Nord-Korea oder Kuba? Ihr seid ja so bescheuert, geisteskrank. Ihr Geschmeiß und Rattenpack, stinkendes Gesocks, Dummficks, arbeitsscheues Gesindel! Wovon lebt Ihr. Drogenhandel? Zuscheißen sollte man Euren Stinkstall, verfluchtes Pack!







Rote Flora im September

Montag, 3.9.07
Konzert: Indie- und Punk-Konzert
MONOGOIC (Indie aus Düsseldorf) MI-NIMONO (Hamburg) LITTLE OLD LA-DY (Helsinki)
Einlass 20 Uhr, Beginn 21 Uhr

Freitag, 7.9.07
"Flora Nova" Vokü- Soliparty
mit Drum&Bass: Headshot, Grooveside, Gore Electro: Inchinger, Chrisnova, Lassereinbong Chill Out:Veganes Buffet Live- Performance, Einlass: 23 h

Samstag, 8.9.07
Party mit Roots & Dub
von King Sharas Soundsystem + steppin' warrior Einlass: 23 h

Sonntag, 9.9.07
Konzert mit Brutal Knights
Can/ 80sHC, Einlass: 21 h

Mittwoch, 12.9.07
Konzert: Cop on Fire
Barcelona Düstercrus,t Einlass: 21 h

Freitag, 14.9.07
Party wegen Austausch Hamburg – Cusco (Peru)
Einlass: 22 h

Samstag, 15.9.07
Party: Alles fliessst / Weald
Einlass: 23 h

Donnerstag, 20.9.07:
Konzert: A Short Dark Stranger
Einlass: 21 h

Freitag, 21.9.07
Konzert: Life at these speeds
Infos: www.pinktankentertainment.com
Einlass: 21 h

Samstag, 22.9.07
"Wir sind alle 129a"
Straßenfest im Schanzenviertel
Soliparty in der Roten Flora, ab 23 h

Samstag, 29.9.07
Soliparty für AJH Bargteheide und Rote Flora
mit verschiedenen Reggaesounds aus Hamburg und Antwerpen Einlass: 23 h

Vorschau für Oktober

Freitag 26.10.07
Prozesskostensoliparty
Feiern für mehr Gleisblockaden und Reclaim-the-Streets-Aktionen
Main: Drum&Bass
Downstairs: reggae tunes
Einlass: 23 Uhr

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr